

Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – Die sehe ich nicht. Auch dieser Antrag ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nummer 54. Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion – **Drucksache 14/5629**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Nummer 55: Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5630**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Auch dieser Antrag ist mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Nummer 56: Das ist der **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/5631**. Wer ist für diesen Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nummer 57. Das ist der **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5664**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Nummer 58: Das ist der **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5665 – Neudruck**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 59: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5666**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen. – Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der CDU, FDP und SPD. – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nummer 60: **Änderungsantrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/5667**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion der SPD. – Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Gesamtabstimmung über den **Einzelplan 05** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/5505**. Wer diesem Einzelplan mit der entsprechenden Beschlussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte

ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das mit großer Mehrheit so **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe **Einzelplan 06** auf:

Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Anlässlich des Nikolaustags – ich sehe hier so viele schöne rote Nikolausfiguren; wichtig ist natürlich, dass die rot sind – kann man mit einer Gesamtbewertung dieses Haushalts beginnen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist Kardinalrot!)

– Kardinalrot. Sie wissen ja: Wer sich zum Kardinal wählen lässt, ist dem Tod geweiht oder muss mit seinem Leben einstehen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das fängt eigentlich mit der Geburt an!)

Es geht einfach darum, Herr Ministerpräsident, dass die Trennlinien zwischen christlicher Ethik und Sozialdemokratie dergestalt sind, dass beides gut zusammengeht und nicht trennt.

(Beifall von der SPD)

Deshalb bin ich der Meinung, dass es ein gutes Rot ist – sowohl das Kardinalrot als auch das Rot der Nikoläuse. Das aber nur am Rande.

Meine Damen und Herren, ich möchte mit einer Gesamtbewertung beginnen: Dieser Haushalt für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie ist ein Nichts-im-Sack-Haushalt. Gleichzeitig verbinden sich damit schöne Bescherungen, wie wir heute Morgen in wesentlichen Blättern des NRW-Zeitungsmarktes lesen konnten. In der „Westdeutschen Zeitung“ heißt es zum Beispiel – ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident –: „Studiengebühren – nur jeder vierte Euro für die Lehre.“

Das kennzeichnet eigentlich den Haushalt insgesamt. Wir erwarten natürlich von Ihnen, Herr Minister Pinkwart, dass Sie im Laufe Ihrer Ausführungen zum Einzelplan 06 auch zu diesen Vorgängen und zu den Feststellungen der Presse

Stellung nehmen, dass die Studiengebühren versickern, wo Sie doch selbst gesagt haben, dass sie zur Verbesserung der Lehre eingesetzt werden sollen. Es ist ohnehin ein Selbsthilfeprogramm der Studierenden in unserem Land.

Im Gegensatz zu den beiden Vorjahren steigt der Wissenschaftshaushalt zum ersten Mal bereinigt wieder um 1,2 % und erreicht damit das Niveau des Jahres 2005, als Sie das Amt von Ihrer Vorgängerin Frau Kraft übernommen haben, Herr Minister Pinkwart.

(Widerspruch von Manfred Kuhmichel
[CDU])

– Das ist so. In den beiden vorangegangenen Jahren waren das Nullsummenspiele. Ich habe bei dieser Berechnung noch nicht einmal zugrunde gelegt, dass es wesentliche zusätzliche Belastungen durch Pensionen gibt, die Sie auch berücksichtigen müssen. Denn wir sind daran interessiert, dass das Geld bei den Studierenden und bei Wissenschaft und Forschung ankommt. So setzt man unserer Meinung nach keine Schwerpunkte in der Politik. So ist man keinesfalls auf dem Weg zum Innovationsland Nummer eins, wie Herr Minister Pinkwart propagiert.

Transparenz ist in der Haushaltsführung ein ganz wichtiger Punkt, gerade wenn es darum geht, den Haushalt in Zukunft auf eine neue Steuerung umzustellen. Sie hat unter dieser Landesregierung bereits extrem gelitten und wird nun endgültig ad absurdum geführt. Die Haushaltsvermerke, die durch die Ergänzungsvorlage eingeführt werden, lassen daran zweifeln, dass hier noch Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit gewährleistet sind, meine Damen und Herren. Die Mitteleinsätze werden derart flexibilisiert, dass sie für alles und jedes genutzt werden können. Ich habe diesen Haushalt einen Anything-goes-Haushalt genannt, weil man gar nicht mehr weiß, ob das Etikett, das über der jeweiligen Zahl steht, überhaupt das richtige ist.

Zu den einzelnen Bereichen. Für die Innovationsfähigkeit unseres Landes ist die Forschungsförderung ganz wichtig. Hier hat sich der negative Trend der Verlagerung von Mitteln weg von Landes- hin zu Bundes- und EU-Programmen weiter fortgesetzt. Das Technologie- und Investitionsprogramm steht mit minus 19,8 % zu Buche, die Forschungsförderung selbst mit minus 1,4 %. Die Landesprogramme machen im engeren Sinn nur noch 56,9 Millionen € aus; das sind 11 %. Im erweiterten Sinne, mit den Kofinanzierungsprogrammen, hat das Land nur noch auf die Verwendung von 142,3 Milli-

onen € Einfluss; das sind 27 % des Forschungshaushalts.

Man kann also mit Fug und Recht die Aussage treffen, dass im Grunde bereits mehr als zwei Drittel des Forschungshaushalts fremdbestimmt sind. Dadurch verliert das Land natürlich zunehmend eigenständige Profilierungsmöglichkeiten.

Gestern haben wir im Fachausschuss über die Hochschulmedizin beraten. Das Hochschulmedizinengesetz, das zum 1. Januar 2008 in Kraft treten soll, werden wir auch im Plenum beraten. Der jetzige Haushalt sieht eine Kürzung von 14 Millionen € vor. Angesichts der Notwendigkeit, in der medizinischen Forschung Profil zu zeigen und Forschung und Lehre zu stärken, ist es einfach sträflich, diese Kürzung vorzunehmen. Uns ist unklar, welches Signal mit dieser Entscheidung eigentlich in Richtung der Universitätskliniken und in Richtung der Fakultäten für Medizin ausgesandt werden soll.

Meine Damen und Herren, wie fördern wir die jungen Menschen in diesem Land und die Bildungsressourcen in unserem Land?

Zum Thema Studiengebühren: Herr Minister Pinkwart hat sich bei den Mehreinnahmen – die Summe ist auch in diesem Hause vertreten worden – verkalkuliert. Statt seiner prognostizierten 320 Millionen € Mehreinnahmen nach Abzug des Ausfallfonds – so versprochen in der Ministeriumsbrochüre „Studienbeiträge in NRW“, die im Übrigen noch immer verteilt wird – sie ist nicht aus dem Verkehr gezogen worden –, werden es wohl nur 230 Millionen € sein.

Ob diese Summen dann bei den Studierenden wirksam werden – da greife ich noch einmal auf die Berichterstattung des heutigen Tages zurück –, muss nach dem heute vorliegenden Verwendungsbericht der Universität zu Köln mit einem sehr großen Fragezeichen versehen werden. Man muss bedenken, dass allein die Verwaltung der Studiengebühren an der Uni Köln 1 Million € Kosten verursachen soll. Wenn ich jetzt einmal großzügig rechne, stelle ich fest: Es ist der Gegenwert von mindestens zehn Professorenstellen, der notwendig ist, um die Studiengebühren an der Uni Köln zu verwalten. Das ist ein Skandal, den wir nicht dulden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Weiter zum Thema „Förderung von jungen Menschen in unserem Land“. Die Ansätze für das BAföG müssten nach den Beschlüssen der Bundesregierung und des Bundestags für das Haushaltsjahr 2008 angepasst werden. Dass es zum Win-

tersemester 2008/2009 eine Erhöhung des BAföG um 10 % und eine Anhebung der Einkommensgrenze um 7 % geben wird, ist vor allen Dingen auch dem hartnäckigen Eintreten der NRW-SPD in Berlin und ihrer Vorsitzenden, Hannelore Kraft, zu verdanken.

(Beifall von der SPD)

Das ist wirklich nicht der Landesregierung zu verdanken.

Obwohl Sie, Herr Minister Pinkwart, in diesem Hause mehrfach zugesagt haben, den erforderlichen Landesteil zusätzlich bereitzustellen, verzichten Sie darauf. Warum? Das kann man ganz deutlich im Ergebnisbericht des Berichterstattungsgesprächs nachlesen. Dort heißt es – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

„Das am 16.11.2007 verabschiedete 22. Gesetz zur Änderung des BAföG sieht Verbesserungen bei den für das BAföG geltenden Sätzen und Freibeträgen vor, die ab dem 01.10.2008 erhöht werden sollen. Diese Eckwerte sind zwar ein wesentlicher, aber nicht alleiniger Faktor zur Kalkulation des Mittelbedarfes. Ein weiterer bedeutender Faktor zur Bestimmung des Mittelbedarfs ist die Anzahl der Geförderten. Nach den derzeit verfügbaren Daten“

– so heißt es dort –

„wird der für 2008 veranschlagte Ansatz ausreichend sein, um ab dem Wintersemester 2008 erhöhten Bedarf zu decken.“

Sie gehen also davon aus, dass die Zahl der BAföG-Berechtigten nicht steigen wird, die soziale Ausgrenzung vom Studium also fortschreitet. Die Studiengebühren werden es schon richten. Die Zahlen zeigen das ja ganz deutlich.

Ich sage das noch einmal, weil ich im „Handelsblatt“ gelesen habe, dass Sie nach wie vor der Meinung sind, dass die Zahl der Studienberechtigten steigt. Die KMK-Prognose geht davon aus, dass zwar die Zahl der Studienberechtigten steigen wird, die Zahl der Studierenden aber zurückgeht und dass wir nach wie vor eine Spanne von rund 5 % haben werden: 5 % weniger werden ein Studium in NRW – und natürlich insgesamt – absolvieren. Darüber werden wir hier noch einmal diskutieren müssen, wenn die Zahlen Mitte Dezember amtlich feststehen.

Nach der Logik der Landesregierung – des Ministers – ist es dann folgerichtig, dass es wiederum keine Erhöhung der Zuschüsse für die Studentenwerke geben wird. Angesichts der bundeswei-

ten Debatte über die soziale Dimension des Hochschulpakts – hier insbesondere zum Stichwort Wohnheimplätze – und angesichts der vorliegenden 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes ist das allerdings eine sträflich kurzfristige Entscheidung.

Die von der SPD im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie hierzu gestellten Änderungsanträge haben CDU und FDP, ohne mit der Wimper zu zucken, niedergestimmt. Das ist sehr bedauerlich.

Aber zum Hochschulpakt selbst: Die Landesregierung finanziert die Studiengebührenlücke – die wir forttragen werden – dann doch. 4.000 € gibt es pro Kopf für die Differenz, die 2006 im Vergleich zum Jahr 2005 bei der Zahl der Studierenden entstanden ist. Dieses Minus beträgt bei den staatlichen Hochschulen – Universitäten und Fachhochschulen zusammen – 6.354. Das sind 25 Millionen €, die entgegen den Bestimmungen des Hochschulpakts verwandt werden. Wir fragen uns – und werden das auch in Berlin fragen; das kündige ich hier an –: Was sagt eigentlich der Vertragspartner Bund zu einem solchen Verfahren?

Ein weiterer Skandal kündigt sich bei der Exzellenzinitiative an. Wie wir jetzt erfahren mussten, werden von den Gewinnerhochschulen 15 % Eigenbeteiligung erwartet. Was sagen Sie dazu, Herr Professor Pinkwart? 15 % Eigenbeteiligung werden erwartet. Das hat natürlich damit zu tun, dass es in diesem Verfahren zu viele Gewinner gibt. Aber bei all den Anstrengungen, die die Hochschulen unternommen haben, ist es das falsche Signal, von ihnen eine weitere Eigenbeteiligung zu fordern. Wir erwarten hier und heute eine Klarstellung.

Es geht weiter zum Innovationsfonds. Erstens. In der Ergänzungsvorlage wird hierzu ein neues Haushaltskapitel eingerichtet. Der Innovationsfonds war bereits Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen im Jahr 2005 und sollte aus Privatisierungserlösen gespeist werden. Diese ließen allerdings seither auf sich warten. Das, was man angedacht hatte, ließ und lässt sich nicht so schnell realisieren.

Aber trotz vieler Unklarheiten galt immer als sicher: Wenn dieser Fonds kommt, wird man ihn im Haushalt des sogenannten Innovationsministers wiederfinden. Herr Minister Pinkwart hat auch nie einen Zweifel daran gelassen, dass er den Anspruch erhebt, über diesen Innovationsfonds zu verfügen. Das hielten wir im Übrigen auch für richtig, gar keine Frage.

Jetzt muss man allerdings feststellen, dass die erwarteten Erlöse aus dem Verkauf von Lufthansaaktien – das ist der erste Schritt, um Privatisierungserlöse zu erzielen – den Baransatz von 90 Millionen € im Jahr 2008 übersteigen werden. Hier hat die Regierung nicht Wort gehalten.

Zweitens. Die Mittel werden über drei Häuser verteilt und nicht für einen strategischen Mitteleinsatz für die Innovation in Nordrhein-Westfalen gebündelt.

Drittens. Es handelt sich trotz des Marketingnamens „Fonds“ nicht um einen solchen, denn hier werden hauptsächlich bestehende Bundes- und Europaprogramme kofinanziert. Es ist also eine ganz normale Haushaltsstelle unter anderen, wobei sich die Frage stellt: Wie wird die Weiterfinanzierung in den Jahren nach 2008 sichergestellt werden?

Ebenfalls ein Etikettenschwindel bei der Fachhochschulinitiative, die ja, auch durch den Ministerpräsidenten, landesweit zu einem Wettbewerb zwischen den einzelnen Standorten geführt hat. Das ist ein höchst bemerkenswerter weiterer Vorgang im Einzelplan 06.

Die Einstellung der sogenannten Fachhochschulinitiative ist auch haushaltstechnisch sehr interessant. Der Vorgang ist zwar länger bekannt, interessant ist aber insbesondere, dass trotz der Strichansätze nunmehr klarer wird, wie die Anschubfinanzierung 2008 laufen soll, nämlich über die von Ihnen, Minister Pinkwart, bereits in höchstem Maße durch Intransparenz verunstaltete Titelgruppe 64 im gleichen Kapitel, nämlich Ausgaben für Forschung und Lehre, Internationales und Transfer. Das ist sicherlich der falsche Platz, um eine solche Initiative in Gang zu setzen. Denn dorthin wurden im Haushaltsentwurf 2008 unter anderem 24 Millionen € an Investitions- und Baumitteln umgeschichtet, deren Verwendungszweck bisher absolut unklar war.

Ein weiteres „Highlight“ Ihrer Politik ist schlussendlich die Titelgruppe 73. Bei der Titelgruppe 73 gibt es auch Kürzungen. Da geht es um die sogenannten Strukturhilfeeinstitute. Aber es kommt noch schlimmer. Bei der Anhörung der Sprechergruppe der sogenannten Strukturhilfeeinstitute im November auf Antrag der SPD-Fraktion im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie haben Sie, Herr Minister, angekündigt, dass diese Institute in die Hochschulen integriert werden sollen, und das, obwohl diese Institute die höchste FuE-Quote im Vergleich zu anderen Forschungseinrichtungen bei der Einwerbung von Drittmitteln aufweisen. Wie wollen

Sie eigentlich Ihr selbst gesetztes Ziel von 3 % des Bruttoinlandproduktes für Forschung und Entwicklung erreichen, wenn Sie hier dirigistisch erfolgreiche Institute und deren Grundlage dafür an die Wand fahren?

(Beifall von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Freiheit, Herr Minister Pinkwart, ist anders.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Beginn meiner Rede zum Einzelplan 06 zurück. Wir stellen fest: Es ist in der Tat ein Haushalt, der kein Vertrauen genießen kann. Es ist ein Haushalt des Etikettenschwindels.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Karl Schultheis (SPD): Schlussendlich ist es ein Haushalt, der nichts im Sack hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Löttgen.

Bodo Löttgen (CDU): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Schultheis, zu Beginn zwei Bemerkungen zu Ihren Ausführungen:

Erstens stellen Sie Verwaltungskosten hier als einen Kostenfaktor dar, der gegen die Studierenden gerichtet sei. Das ist doch nicht der Fall, Herr Schultheis.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wie viele Studierende würden sich freuen, wenn Verwaltungskosten beispielsweise bei der Besetzung der Studierendenbüros dazu führen würden, dass es nicht ewig lange Wartezeiten gibt. Man kann auch Verwaltungskosten sinnvoll einsetzen.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Erzählen Sie das einmal den Versorgungsämtern!)

Zweitens, Herr Schultheis, bemängeln Sie hier – und das erstaunt mich jetzt wirklich –, dass beim Innovationsfonds eine strategische Zusammenarbeit zwischen den Ministerien sehr deutlich wird. Da müssen Sie sich jetzt einmal entscheiden. Was wollen Sie denn? Wollen Sie kritisieren – das haben Sie in der vorigen Haushaltsdebatte noch getan –, dass es keine strategische Zusammenarbeit gibt? Jetzt kritisieren Sie, dass es sie gibt. Ich kann Ihrem Weg in diesem Fall nicht folgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht erinnern Sie sich noch. Vor einem Jahr habe ich hier an genau dieser Stelle im Zuge der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes 2007 die, wie sich gezeigt hat, berechtigte Hoffnung geäußert, dass wir uns am Ende des Jahres 2007, also jetzt, wiederum auf einen großen Schritt hin zum Innovationsland Nummer eins freuen können. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stellen sich erneut der Herausforderung, unser Bundesland in einem globalen Wettbewerb um die Ressource Wissen, um die besten Köpfe, um die großen Projekte und die besten Ergebnisse im Spitzenfeld zu platzieren.

Aus Sicht der CDU-Fraktion spiegelt sich dieser Anspruch auch in den Zahlen des vorliegenden Haushalts gerade in den Zahlen des Einzelplans 06 und im Bereich Innovation und Technologie, für den ich hier sprechen darf, im Besonderen wider.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie kennen alle den Satz: „Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen, und Innovation ist die Umwandlung von Wissen in Geld.“ Diese einfache und verständliche Formel auch mit Leben zu erfüllen und die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, damit Innovation und technologischer Fortschritt schlussendlich auch zu Wertschöpfung führen – ist in einer Welt – ich darf Sie da einmal zitieren, Herr Minister – der „Hochgeschwindigkeitsglobalisierung“, wie Sie es ausgedrückt haben, sicherlich keine einfache Aufgabe.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Vielzahl von Indikatoren in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen zeigt:

(Karl Schultheis [SPD]: Welche?)

– Bleiben Sie geduldig, Herr Schultheis.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich bin sehr geduldig!)

Wir stellen uns in immer mehr Technologiefeldern erfolgreich dieser Herausforderung.

(Karl Schultheis [SPD]: Welche?)

Es ist erfreulich, dass wir einen Zuwachs von rund 3,8 % bei den Ausgaben für die Innovationsförderung haben. Ich kann Ihre 1,4 %, die Sie da als Minus im Saldo sehen, nicht nachvollziehen. Herr Schultheis. Geben Sie doch einmal einen Nachweis dafür, wo Sie das herhaben.

(Karl Schultheis [SPD]: Forschungsförderung!)

Plus 3,8 % bei der Innovationsförderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, belegen, dass diese Dynamik beibehalten und gefördert wird.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Aus den Kapiteln allgemeine überregionale Finanzierungen, Forschungsförderung, Hochschulen allgemein, Technologie- und Innovationsförderung, dem Bereich wissenschaftlicher Großgeräte und dem Innovationsfonds stehen für 2008 insgesamt rund 522 Millionen € bereit. Diese Zahl zeigt: Auch im Zuge einer Haushaltskonsolidierung setzen wir deutliche Schwerpunkte in einem Bereich, der Nordrhein-Westfalen weiter nach vorne bringt und der uns hilft, eine gemeinsame Zukunft zu sichern.

Lassen Sie mich nur einige Beispiele nennen. Herr Schultheis, schon komme ich zu den von Ihnen verlangten Beispielen. Wir haben die Innovations-Offensive „NRW.Nano- und Mikrotechnologien/Innovative Werkstoffe“ beschlossen. Das Innovationsministerium stellt bis zum Jahr 2015 für diesen Bereich zusätzlich 100 Millionen € bereit. Im Bereich Nano- und Mikrotechnologien/Innovative Werkstoffe startet zu Jahresbeginn ein Wettbewerb, der die besten Projekte fördert. Ein Clustermanagement wird Wissenschaft und Wirtschaft enger verzahnen. Erstmals unterstützen Innovationsgutscheine kleine und mittelständische Unternehmen beim Einsatz von Nano- und Mikrotechnologien.

Ein weiteres Beispiel: Natürlich stärkt der Superrechner aus Jülich die Attraktivität des Standorts Nordrhein-Westfalen. Die 167 Billionen Rechenoperationen pro Sekunde von JUGENE kosten insgesamt 15 Millionen €. Das Land fördert den Erwerb mit 5,8 Millionen €, die restliche Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Helmholtz-Gesellschaft. Davon profitiert in erheblicher Weise der Standort Nordrhein-Westfalen, sowohl was die Rechnerkapazität als auch die erlangte Kompetenz angeht.

(Beifall von der CDU – Karl Schultheis [SPD]: Das wird doch insgesamt nicht mehr!)

Ich darf, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht einmal ein Beispiel aus meiner Heimat bringen, woran exemplarisch deutlich wird, wie Innovation funktioniert. Der Herr Ministerpräsident hat es kürzlich in seiner Rede erwähnt. Die Fachhochschule Köln hat mit dem Campus Gummersbach – eine Investition von 35 Millionen € – etwas geschaffen, woran man sehr deutlich auf 10 ha und der neuen Fachhochschule erkennen kann,

(Karl Schultheis [SPD]: Von der Vorgängerregierung in Gang gesetzt!)

dass ein Innovations- und Investitionsklima entsteht, mit dem eine ganze Region den Schritt in eine erfolgreiche Zukunft machen kann.

(Karl Schultheis [SPD]: Von der Vorgängerregierung in Gang gesetzt!)

– Herr Schultheis, hier geht die Ansiedlung von innovativen Unternehmen und die für F+E-Quote ja so wichtige Verzahnung mit der Fachhochschule Hand in Hand. Erfolgreiche Exzellenzinitiative, die Innovationsallianz von 23 Hochschulen – vieles aus diesem Bereich ließe sich noch ausführen.

(Karl Schultheis [SPD]: Was sagen Sie zu den 15 %?)

Ich bin sicher, Minister Pinkwart wird es anschließend auch tun.

Weil Sie immer so schön dazwischenrufen, Herr Schultheis,

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist ein lebendiges Parlament!)

lassen Sie mich mit zwei Sätzen auf die Begleitung unserer Politik durch die Oppositionsparteien eingehen.

Ich wollte eigentlich dazu sagen, weil ich das von Ihnen gewohnt bin, Herr Schultheis, dass Sie sich schon davon abheben, indem Sie keine Untergangsszenarien verbreiten. Ich muss das leider revidieren. Sie haben sich heute dem Üblichen, was wir in der Haushaltsdebatte gehört haben, angeschlossen und wollen nichts anderes, als Untergangsszenarien zu verbreiten.

(Karl Schultheis [SPD]: Das machen Sie selbst!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was Sie machen, ist in keiner Weise konstruktiv. Sie haben keine Verbesserungsvorschläge vorgelegt.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sie wollen permanent mit dem Ruf des Staates den strategischen Direktzugriff.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

– Herr Schultheis, das kann ich gerne zitieren, weil Sie es so gesagt haben. Das, was von der SPD und von der Opposition gefordert wird, ist die höchste Giftdosis. Das ist der Klimakiller für das Investitionsklima hier in NRW.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem wollen wir uns nicht anschließen. Im Gegenteil: Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben sich dem Tempo der Hochgeschwindigkeitsglobalisierung angepasst, sie haben Fahrt aufgenommen, und sie halten auch in diesem Haushalt das Tempo.

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat in seiner Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 ein neues Nordrhein-Westfalen beschrieben: ein Land, in dem durch das Zusammenspiel von Freiheit und Dynamik mehr Raum für Innovation, für Eigeninitiative und Kreativität entsteht, ein Land, in dem es attraktiv ist, in die Zukunft zu investieren.

Ich freue mich, Herr Ministerpräsident, dass wir auch mit diesem Haushalt, mit diesem Einzelplan 06, auf dem besten Weg sind, zum Innovationsland Nummer eins zu werden.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schultheis hat sich eben, wie er das gerne macht, breitbeinig hingestellt und falsch Behauptungen ausgesprochen.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich kann das wenigstens!)

Die ließen sich unter der Überschrift zusammenfassen, in diesem Haushalt sei nichts, der Sack sei leer.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Man muss dem staunenden Publikum vielleicht einmal sagen, wie tatsächlich die Fakten sind, die sich auf einen schlichten Vergleich reduzieren lassen. Im Jahr 2005 standen für diesen Bereich 2,7 Milliarden € zur Verfügung. Im Haushaltsjahr 2008 werden es 2,87 Milliarden € sein. Wo ist der Sack da leer?

(Beifall von FDP und CDU)

Das sind Behauptungen, wie wir sie von Ihnen kennen, die sich durch Fakten nicht hinterlegen lassen. Sie werden auch nicht dadurch begründeter, dass Sie sie wiederholt vortragen.

Der Haushalt – das hat Kollege Löttgen gesagt –, der hier vorgelegt worden ist, reiht sich ein in un-

terschiedliche Maßnahmen gesetzgeberischer und auch verwaltungstechnischer Natur, die ergriffen worden sind, um Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schultheis?

Christian Lindner (FDP): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Herr Kollege Lindner, wollen Sie zur Kenntnis nehmen, wenn Sie das einmal genau durchrechnen, dass sich die Steigerungsrate der letzten beiden Haushalte – 2005 und 2006 – bei null bewegt hat und es in diesem Jahr zum ersten Mal 1,2 % mehr gibt?

Wenn Sie berücksichtigen, dass der Innovationsfonds, der Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative von dieser Landesregierung als zusätzliche Engagements zugesagt worden sind, werden Sie genau die Zahlen erreichen, die ich hier vorgetragen habe.

Christian Lindner (FDP): Lieber Herr Schultheis, meine Zahlen sind etwas anders. Meine Zahlen sagen aus: Im nächsten Jahr haben wir 2,87 Milliarden € in diesem Einzelplan. Dazu kommen Exzellenzinitiative und Strukturfonds. Das ist die Realität.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Also, hören Sie mit diesen Spiegelfechtereien auf!

(Beifall von der FDP)

Das ist im Übrigen bei Ihnen Prinzip. Wir haben uns hier über das Hochschulfreiheitsgesetz auseinandergesetzt. Sie haben uns ein Chaos an den Hochschulen vorhergesagt. Da ginge alles drunter und drüber. Was ist jetzt passiert?

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nichts!)

Nichts ist passiert, im Gegenteil: Die Hochschulen nutzen die Freiheit, die sie bekommen haben. Sie nutzen die Gestaltungsmöglichkeiten, um sich auch im internationalen Wettbewerb besser behaupten zu können.

(Karl Schultheis [SPD] hält die „Neue Rhein Zeitung“ hoch: Können Sie das lesen?)

– Ja, ich gehe jetzt gerne darauf ein, auch auf die Horrorszenarien, die Sie mit Berichterstattung

vom heutigen Tag im Zusammenhang mit der Einführung von Studienbeiträgen in Umlauf bringen wollen.

Niemand hat gesagt, dass sich von jetzt auf gleich durch die Einführung von Studienbeiträgen die Studienbedingungen ad hoc verbessern könnten. Hochschulen müssen mit diesem neuen Instrument und mit zusätzlichen Geldern zunächst einmal umgehen lernen. Insofern braucht man eine Phase der Einführung.

Der Wissenschaftsminister hat noch in diesen Tagen in einer öffentlichen Stellungnahme unterstrichen, dass er allen Fehlverwendungen nachgehen wird.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Genau!)

Er tut das im Zuge seiner Rechtsaufsicht. Alle Vorgänge dieser Art, die Sie im Plenum vorgelegt haben, die Herr Eumann skandalisiert hat, haben sich danach regelmäßig in Luft aufgelöst. Das heißt, das Prinzip, der Regelungsmechanismus, funktioniert.

Ich will ein Zweites sagen. Es geht nicht nur um Rechtsaufsicht, sondern auch um politische Prioritätensetzungen an den Hochschulen, was mit den Studienbeiträgen veranstaltet wird. Da will ich die Studierendenvertreter mit in der Verantwortung sehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Die können sich doch nicht wehren!)

Von ihnen haben sich viele konstruktiv an der Debatte beteiligt. Aber es gibt auch manche, die bis heute wie gegen Windmühlenflügel gegen die prinzipielle Erhebung von Studienbeiträgen kämpfen und sich an dieser Landesregierung, an dieser Koalition abarbeiten wollen, statt die knappe Zeit zu verwenden, an der Hochschule selbst über die konkrete Verwendung der Beiträge zu beraten. Das wäre eine Aufgabe für Studierendenvertreter, die nicht nur ideologische Politik betreiben wollen.

(Frank Sichau [SPD]: Das ist doch deren Sache!)

– Ja, lieber Herr Sichau, aber als jemand, der mit dem Hochschulwesen noch im persönlichen Kontakt und damit vielleicht etwas mehr vertraut ist als Sie, weil ich mich dort regelmäßig bewege, darf ich sagen: Wenn Studierendenvertreter mit einer relativ knappen Legitimationsbasis nur allgemeinpolitisch tätig sind, allgemeine Hochschulpolitik machen, nehmen sie nur einen Teil ihrer Aufgabe wahr.

(Beifall von FDP und CDU)

Der andere Teil ihrer Aufgabe ist es, sich ganz konkret um die Verbesserung der Studienbedingungen zu kümmern, und das darf ich hier einfordern.

Im Übrigen haben sich Ihre Prognosen zu den Studienanfängerzahlen nicht bestätigt. Die Zahl der Einschreibungen nimmt zu. Für mich ist aber ein anderes Kriterium viel wichtiger, lieber Herr Schultheis, über das Sie nie sprechen und bei dem der Erfolg noch sehr viel deutlicher ist: Die Absolventenquote in Nordrhein-Westfalen ist um 11 % gestiegen. Das ist das eigentliche Merkmal von Qualität im Hochschulwesen und nicht die Zahl derjenigen, die sich am Anfang einschreiben, aber dann vielleicht irgendwann während des Hochschulstudiums auf der Strecke bleiben. Entscheidend ist, dass wir mehr Hochschulabsolventen haben, und hier ist die Quote bereits jetzt um 11 % gestiegen.

(Karl Schultheis [SPD]: Weil SPD und Grüne Bachelor und Master eingeführt haben!)

Was die Einführung von Studienbeiträgen angeht, will ich in diesem Zusammenhang noch hervorheben: Es freut mich besonders, dass es wieder mehr Erstsemester in technischen und naturwissenschaftlichen Studiengängen gibt. Nach meinem Dafürhalten ist das nicht nur ein Ausdruck dafür, dass das Vertrauen in die Qualität der Lehre gewachsen ist, sondern es zeigt insbesondere, dass verschiedene landespolitische Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel wirksam sind.

Ich nenne als Beispiel die Landesinitiative Zukunft durch Innovation, die bereits sehr früh – mitunter im Bereich der Elementarpädagogik in den Kindergärten – ansetzt, um naturwissenschaftlichen Analphabetismus zu überwinden, wie der Nobelpreisträger Ertl es genannt hat.

(Beifall von der FDP)

Herr Schultheis, Sie haben gesagt, der Haushalt 2008 zeige, dass das Land nicht verlässlich sei. – Das Gegenteil ist richtig. Er zeigt, dass das Land verlässlich ist, etwa ausweislich des Zukunftspakts. Dort haben wir die Zusagen eingelöst. 38 Millionen € werden für die Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur im Rahmen des Strukturfonds zur Verfügung gestellt werden, wie es zugesagt war.

Darüber hinaus werden – das richtet sich an die Grünen – 15 % des Strukturfonds gezielt dafür verwendet, um Erfolge bei der Gleichstellung der Geschlechter zu honorieren. Das ist eine andere Art der Frauenförderung, als Rot-Grün sie betrieben hat. Wir halten die Abkehr von den rot-grünen

Förderprogrammen nach wie vor für richtig; denn sie waren wenig erfolgreich. Lediglich 18 % der Professuren sind von Frauen besetzt worden – eine magere Bilanz.

Dennoch wollen Sie Ihre nicht erfolgreiche Strategie weiterverfolgen. Das haben Sie zumindest durch einen Haushaltsänderungsantrag zum Ausdruck gebracht. Wir wollen Ihnen da nicht folgen; wir glauben, dass unser wettbewerbliches Instrument sehr viel mehr Erfolg verspricht als Ihr Vorschlag.

Eine wesentliche Herausforderung der nächsten Jahre ist es, für die wachsende Zahl von Studienanfängern ausreichende Kapazitäten vorzuhalten. Bund und Länder haben sich dafür, wie Sie wissen, auf den Hochschulpakt 2020 verständigt. Nordrhein-Westfalen hat es auch durch engagiertes Auftreten in Berlin vermocht, sich einen wesentlichen Anteil der Mittel – 125 Millionen € – zu sichern.

Nach wie vor ist Nordrhein-Westfalen, wenn ich das richtig sehe, mit Baden-Württemberg das einzige Land, das schon bestätigt hat, dieselbe Summe auch aus Landesmitteln zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus über die mittelfristige Finanzplanung bis 2013 die erforderliche Kofinanzierung abzubilden. Damit stehen den Hochschulen bis 2013 insgesamt 440 Millionen € zur Verfügung. Ich freue mich, dass es in Nordrhein-Westfalen durch ein Prämiensystem gelingen kann, insbesondere die Natur- und Ingenieurwissenschaften hervorzuheben.

Meine Damen und Herren, bei der Förderung von Exzellenz- und Spitzenforschung haben sich die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von der Gießkannenförderung verabschiedet. Das sehen wir im Haushaltsjahr 2008 sehr deutlich, und das zeigt sich vielleicht auch schon anhand der guten Erfolge nordrhein-westfälischer Hochschulen im Rahmen der Exzellenzinitiative.

Wir begrüßen, dass der Landesanteil an der Exzellenzinitiative von derzeit 10 auf 20 Millionen € erhöht wird. Aber auch die zusätzliche Gestaltungsfreiheit, die unsere Hochschulen durch Optionen im Zusammenhang mit dem Hochschulfreiheitsgesetz erhalten haben, verspricht, dass neben den offiziellen Siegern, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, auch diejenigen Hochschulen, die dicht hinter ihnen liegen, noch die Chance haben, sich in der Zukunft durchzusetzen. So hat sich die Ruhr-Universität Bochum zu einer der zehn besten Universitäten Deutschlands entwickelt. In Duisburg/Essen gab es im Bereich der Naturwissenschaften Erfolge. Hier schlummern

Stärken, die durch mehr Freiheit, mehr Kooperationsmöglichkeiten gehoben werden können.

Wir wollen den Wettbewerbsgedanken auch in der Medizinforschung stärker verankern. Wir haben gestern im zuständigen Fachausschuss über die Novelle des Hochschulmedizingesetzes beraten. Damit werden auch Empfehlungen einer Expertenkommission Hochschulmedizin umgesetzt. Wir wollen Stärken stärken und die Hinweise dieser Kommission zur Schärfung des wissenschaftlichen Profils der Medizinforschung aufnehmen. Diese Empfehlungen zur Schwerpunktbildung – deshalb betone ich das im Zusammenhang mit dem Haushalt – werden von einem Exzellenzwettbewerb begleitet, der immerhin mit gut 4 Millionen € hinterlegt ist. Wir wollen das Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit auch im Bereich der Medizinforschung stärken.

Einer der Punkte, die in diesem Zusammenhang stehen, ist die Frage, wie wir Spitzenwissenschaftler im Ausland für Nordrhein-Westfalen zurückgewinnen können. Es gibt ein Rückkehrprogramm für Spitzenwissenschaftler aus dem Ausland. Das haben Sie bislang noch gar nicht hinreichend zur Kenntnis genommen. Das Einzige, was es von der Opposition zu vermelden gab, war, dass es ihr wichtig war, im Programmtitel nicht nur von Spitzenwissenschaftlern zu reden, sondern auch von Spitzenwissenschaftlerinnen. Geschenk! Wenn das aber Ihr einziger Beitrag ist, finde ich das beschämend.

Der Haushalt setzt einen Schwerpunkt im Bereich der zukunftsorientierten Forschung. Das zuständige Fachministerium hat sich im Wettbewerb mit anderen Bundesländern bei der Ansiedlung des Max-Planck-Instituts für Biologie des Alterns in Köln durchgesetzt. Hier werden Bau und Ersteinrichtung unterstützt. Wir hatten hier auch schon Gelegenheit, über die Beschaffung des Höchstleistungsrechners im FZJ zu beraten.

Auch die Spitzenforschung und die Tätigkeit von Unternehmen im Hochtechnologiebereich wollen wir unterstützen. Deshalb haben wir als Freie Demokraten immer angeregt, hier in Nordrhein-Westfalen einen Innovationsfonds – durchaus nach bayerischem Vorbild – einzurichten. Ich freue mich für die FDP-Landtagsfraktion sehr darüber, dass jetzt ein solcher Fonds gegründet wird, der mit immerhin 140 Millionen € dotiert ist.

Ihr Beitrag dazu war der Haushaltsänderungsantrag der Grünen, diesen Innovationsfonds wieder um 32 Millionen € zu reduzieren. Das zeigt, dass Sie überhaupt nicht in der Lage sind, einzuschät-

zen, wo in Zukunft investiert werden muss und wo zukünftig Wettbewerbsfähigkeit gesichert wird.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie wollen das Geld lieber heute verfrühstücken, statt es zu investieren. Auf diesem Weg können wir Ihnen selbstverständlich nicht folgen.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 2008 – zumal der Einzelplan 06 – zeigt, dass es trotz notwendiger Konsolidierungsmaßnahmen gelingt, konsequent politische Schwerpunkte in Zukunftsfeldern zu setzen. Daran wird deutlich, dass die Koalition nicht von ihrem Ziel abweicht, Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2015 zum Innovationsland Nummer eins zu machen. Mit diesem Haushalt sind wir einen großen Schritt weitergekommen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Dr. Seidl das Wort.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 14. November 2007 hat Ministerpräsident Rüttgers in seiner Regierungserklärung zielstrebig verkündet:

„Meine Damen und Herren, wir wollen mehr Studierende, nicht weniger. ... Wir freuen uns über die steigende Zahl der Studierenden (in den nächsten Jahren).“

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut! Ein guter Satz!)

– Genau. Wo der Ministerpräsident recht hat, hat er recht. Nordrhein-Westfalen braucht mehr gut ausgebildete junge Menschen. Nordrhein-Westfalen braucht mehr Hochschulabsolventinnen und -absolventen.

Dies ist in der Tat die zentrale Herausforderung für die Bildungs- und Hochschulpolitik, wenn nicht sogar für die Politik insgesamt in diesem Land. Und da setzen wir unsere Innovationen an, Herr Lindner. Dafür nehmen wir das Geld aus dem Innovationsfonds; denn wir wollen Investitionen in Köpfe, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und wir haben Glück; denn die Zahl der Studienberechtigten in diesem Land steigt seit Jahren an und wird in den nächsten Jahren weiter steigen. Es könnte also so einfach sein: mehr Studienbe-

rechtigte; mehr Studierende; mehr Absolventinnen und Absolventen. Doch wenn wir uns genau anschauen, was die Landesregierung tut, um sich auf dieser Zielgeraden zu bewegen, erkennen wir, dass diese schöne Seifenblase schon platzt.

Der sogenannte Hochschulpakt, mit dem Bund und Länder neue Studienplätze schaffen wollen, erweist sich bei näherem Hinsehen als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Hochschulrektorenkonferenz bezeichnet ihn treffend als Dumping-Pakt. Das Geld reicht nämlich vorne und hinten nicht aus, um die tatsächlich notwendigen Studienplätze in der entsprechenden Qualität zu schaffen.

Deshalb haben wir für den Haushalt 2008 einen entsprechenden Antrag gestellt, den Sie im Ausschuss jedoch abgelehnt haben, Herr Lindner. Darauf werde ich gleich noch genauer eingehen.

Herr Minister Pinkwart, wenn wir uns dann noch Ihre mehr als diffuse Idee von einem nationalen Stipendiensystem vor Augen führen, dann müssen wir sagen, dass viele Ihrer Maßnahmen im Hochschulbereich völlig unausgegoren sind.

(Beifall von GRÜNEN und Karl Schultheis [SPD])

Man könnte auch sagen, dass Sie noch davon träumen; denn zur Frage, wie es gehen soll und woher das Geld kommen soll, schweigen Sie sich aus oder verweisen auf andere – auf private Sponsoren, auf Spender oder Stifter.

Deshalb haben wir Ihnen vorgeschlagen, 2008 ein konkretes Konzept für einen Studienfonds in Nordrhein-Westfalen zu entwickeln. Dieser Fonds soll ab dem Jahr 2009 Studienberechtigten die Angst vor den finanziellen Belastungen eines Studiums nehmen und sie zur Aufnahme eines Studiums bewegen. Aber auch das haben Ihre Regierungsfractionen leider abgelehnt.

Dass Sie, lieber Herr Pinkwart, sehr freigiebig sind, wenn es darum geht, das Geld anderer Leute zu verteilen, wissen wir schon länger. Welche Verbesserungen auch immer Sie den Hochschulen versprechen – bezahlen sollen es die Studierenden aus ihren eigenen Taschen.

(Beifall von GRÜNEN und Karl Schultheis [SPD])

Schlimmer noch: Die derzeitige Verwendung der Studiengebühren macht deutlich, dass nichts bei den Studierenden ankommt. Das Geld versickert förmlich im System. Herr Pinkwart, Ihre Studiengebühren sind Betrug an den Studierenden.

(Zurufe von der CDU: Unsinn! – Blödsinn!)

– Betrug ist das! Tische und Stühle oder geknackte Schließfächer am Juridicum in Bonn, wie wir gerade in der Bonner Uni-Zeitung lesen mussten: Sind das nicht alles Maßnahmen, die aus der Grundfinanzierung der Hochschulen bezahlt werden müssen? Diese Frage möchte ich Ihnen hier gerne stellen, Herr Pinkwart.

Mit den Studiengebühren zeichnet sich darüber hinaus eine fatale Entwicklung in Nordrhein-Westfalen ab; denn im Ergebnis ist das die schleichende Privatisierung der Hochschulausbildung.

(Beifall von GRÜNEN und Karl Schultheis [SPD])

Zudem haben die Studiengebühren offensichtlich – auch wenn Sie es nicht gerne hören – potenzielle Studierende abgeschreckt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Zahlen, die Sie vor einigen Wochen verkündet haben, Herr Pinkwart, waren ja doch nicht so gut. Zieht man die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger von der Zahl der Studienberechtigten ab, ergibt sich ein ernüchterndes Bild. 2005, also vor Einführung der Studiengebühren, waren es noch 36.000 junge Menschen, die kein Studium aufgenommen haben, obwohl sie formal das Recht dazu gehabt hätten. Damit wir uns nicht falsch verstehen: Trotz aller guten Gründe, die es in jedem Einzelfall dafür gegeben haben mag, waren auch das schon 36.000 Nichtstudierende zu viel. – 2006, nach Einführung der Studiengebühren, ist diese Zahl schlagartig auf 46.000 hochgeschwollen.

Und heute? Ja, es ist richtig, dass die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger wieder leicht angestiegen ist. Aber auch die Zahl der Studienberechtigten ist angestiegen, sodass im Saldo immer noch 45.000 junge Menschen nicht studieren, obwohl sie es könnten – 45.000, von denen viele nicht den Mut haben, zu studieren, weil sie nicht wissen, wie sie die finanziellen Belastungen für den Lebensunterhalt und auch für die Studiengebühren aufbringen sollen;

(Bodo Löttgen [CDU]: So ein Quatsch!)

45.000 junge Menschen, die uns in wenigen Jahren mit ihren Qualifikationen als Lehrerinnen und Lehrer, als Ingenieurinnen und Ingenieure und in vielen anderen Bereichen fehlen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es besteht also wahrlich kein Anlass, sich zurückzulehnen, Herr Pinkwart, und darauf zu hoffen,

dass andere es schon richten werden. Mit diesem Haushalt hätten Sie handeln können. Hierzu haben wir Ihnen Vorschläge gemacht, Vorschläge, die im Übrigen solide gegenfinanziert sind, um diesem Vorwurf gleich zuvorzukommen.

Um 32 Millionen € hätte dieser Landtag Ihren Entwurf für den Hochschulpakt 2020 aufstocken können, wenn die anderen Fraktionen unserem Antrag gefolgt wären – 32 Millionen €, mit denen dann nicht nur knapp 4.200, sondern mehr als 7.000 € für jeden der neu zu schaffenden Studienplätze zur Verfügung gestanden hätten. Aber leider, Herr Minister Pinkwart, haben Ihre Fraktionen Sie hier im Stich gelassen und unseren Antrag abgelehnt.

(Beifall von den GRÜNEN – Manfred Kuhmichel [CDU]: Oh!)

Das Gleiche gilt für die Stipendien. Hier betreiben Sie nichts anderes als reine Symbolpolitik. Stattdessen hätten Sie schon im Haushalt Nägel mit Köpfen machen können. Sie hätten bereits zusätzliche Mittel einstellen können. 1 Million € wollte unsere Fraktion Ihnen für den Haushalt 2008 für ein Konzept zur Verfügung stellen. Mit diesem Geld hätte man schon jetzt ein zukunftsweisendes Stipendensystem entwickeln können. Aber auch diesem Vorschlag sind die anderen Fraktionen nicht gefolgt.

Bei unserem dritten Haushaltsantrag – Herr Lindner hat ihn bereits erwähnt – ging es um die Frauenförderung an unseren Hochschulen. Im letzten Jahr haben Sie erst einmal 3,4 Millionen € für die Frauenförderung gekürzt. Das ist die traurige Wahrheit. Kompensiert werden sollte dies durch einen neuen Verteilungsschlüssel bei den Mitteln des Innovationsfonds, der heute Strukturfonds heißt. Das hat sogar – das will ich gerne zugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen – zum Teil funktioniert, und zwar bei all den Maßnahmen, bei denen es um die Erhöhung des Frauenanteils bei den Professuren ging. Bei allen anderen Maßnahmen aus dem Bereich der Frauenförderung klafft aber nach wie vor eine große Lücke. Diese Lücke wollten wir mit 2 Millionen € in 2008 schließen. Auch diesen Antrag haben die Regierungsfaktionen abgelehnt.

Deshalb bleibt mir nur noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: Es hätte auch in diesen Haushaltsberatungen die Chance auf substantielle Verbesserungen im Hochschulbereich gegeben. Leider, Herr Pinkwart, haben die Kollegen von Schwarz-Gelb das mit ihrem Nein zu unseren Anträgen verhindert.

Umso bedauerlicher ist es, dass die Regierungsfaktionen ihrerseits keine Änderungsvorschläge eingebracht haben. Angesichts der offensichtlichen Probleme ist das mehr als ein Armutszeugnis, und zwar nicht nur im finanzpolitischen Sinn, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Studierenden und die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen hätten mehr und Besseres verdient. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich im Jahre 2005 nach Regierungsübernahme ein ebenso klares wie ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir wollen, dass wir bis zum Jahre 2015 nicht nur das mit Abstand bevölkerungsreichste Bundesland bleiben, sondern dann auch das Innovationsland Nummer eins sind, das Land mit den meisten Patenten, mit den meisten in Forschung und Entwicklung Beschäftigten. Die Herausforderungen, die sich damit für uns stellen, sind keineswegs klein, denn die Ausgangslage war alles andere als positiv.

Wir müssen immer mehr junge Menschen auf immer höherem Niveau für das Leben und Arbeiten in der globalen Wissensgesellschaft ausbilden. Es wird immer wichtiger, dass die Natur- und Technikwissenschaften intensiven Wissenstransfer betreiben, damit aus Erkenntnisvorsprung marktreife Innovation und Vorsprung der Unternehmen im internationalen Wettbewerb werden. Die Gesellschaft ist immer mehr darauf angewiesen, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften auf möglichst hohem Niveau helfen, Lösungen für das Zusammenleben in einer Zeit rapiden und globalen Wandels zu entwickeln. Wir müssen also in die Köpfe investieren, um die Basis für den Innovationsvorsprung von morgen zu schaffen, und wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich diese kreativen Köpfe entfalten können.

Die wesentliche Voraussetzung, damit all das geschehen kann, ist nicht zuletzt die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates. Hier, liebe Frau Seidl, muss man doch den Unterschied zwischen dem, was Sie mit Ihren Vorgängerregierungen in Nordrhein-Westfalen geleistet haben, und dem,

was die neue Landesregierung leistet, kennzeichnen. Denn auf der Grundlage von verfassungswidrigen Haushalten können Sie nicht nachhaltig in die Zukunft bester Köpfe investieren, sondern das können Sie nur, wenn Sie den Haushalt in Ordnung bringen. Die große Leistung dieser Regierung ist, dass sie endlich mit der Hyperverschuldung in Nordrhein-Westfalen Schluss gemacht hat

(Beifall von CDU und FDP)

und gleichzeitig durch konsequentes Reformieren die Voraussetzungen dafür schafft, dass investiert werden kann, und zwar in die Bereiche des Einzelplans 06 und in die Bildung.

Für den Einzelplan heißt das im Einzelnen: Wir werden die finanzielle Basis der Hochschulen nicht nur entsprechend der im Zukunftspakt vereinbarten Garantien fortschreiben, sondern auch im Rahmen des Hochschulpakts 2020 sowie mit weiteren Anstrengungen ausbauen. Wir möchten die Mittel für den Bereich der Innovationsförderung erneut deutlich steigern und den Wettbewerb um Exzellenz in der Forschung weiter intensivieren.

Auch im Jahre 2008 werden wir Konsolidierungsbeiträge in Bereichen erbringen, die für das Innovationspotenzial des Landes nicht entscheidend und in denen Einsparungen strukturell vertretbar sind. Auch wenn in der vergangenen Woche hier und da gezielt Zweifel gesät wurden: Die Landesregierung erfüllt die Garantien des Zukunftspaktes mit den Hochschulen ohne Wenn und Aber. Deshalb haben wir das ja auch in einen Vertrag mit den Hochschulen gegossen.

Wir tun sogar einiges darüber hinaus: Die Hochschulen werden im Jahre 2008 über mehr Landesmittel verfügen als 2007 und, Herr Schultheis, auch über mehr Mittel als 2006 und über mehr Mittel als bei Regierungsübernahme.

Auch im nächsten Jahr wird es, wie in jedem Jahr seit dem Regierungswechsel, wieder eine Steigerung geben. Insgesamt stehen im Jahr 2008 für die durch den Zukunftspakt abgesicherten Globalbudgets der Hochschulen 2,87 Milliarden € zur Verfügung, also rund 52 Millionen € mehr als in diesem Jahr.

Zusätzlich – ich wiederhole: zusätzlich! – erhalten die Hochschulen weitere 35 Millionen € aus dem Landesanteil an der Exzellenzinitiative und dem Strukturfonds mehr als im Jahre 2005.

Schauen wir uns die Entwicklung der Hochschulhaushalte an einem Beispiel an, etwa dem der Universität Wuppertal, weil auch die in den letzten

Tagen genannt worden ist. Wie lauten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dort konkret die Fakten? Die Universität Wuppertal hat in den fünf Jahren von 2001 bis 2005, also vor Einführung der Globalhaushalte, im Schnitt eine Stellenbesetzungsquote von 94,1 % gehabt. Diese Quote, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat das Land mit Einführung der Globalhaushalte auf 96,8 % angehoben. Das heißt, die Universität Wuppertal bekommt mehr, als sie in den Jahren zuvor benötigt hat.

(Beifall von der FDP)

Hinzu kommt – das muss man in aller Klarheit ansprechen –: Obwohl die Universität Wuppertal im Wintersemester 2006/2007 nur zu 75,3 % ausgelastet war, erhält sie für die zusätzlichen Studienanfänger, die sie sich in den nächsten Jahren aufzunehmen bereit erklärt hat, bis 2010 im Rahmen des Hochschulpakts zusätzliche Mittel in Höhe von 5,5 Millionen €. Ich wiederhole: Obwohl die Hochschule nur zu 75,3 % ausgelastet war, erhält sie für die Aufnahme neuer Studienanfänger 5,5 Millionen € zusätzlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dann platzt sie aber aus allen Nähten! – Karl Schultheis [SPD]: Aber das sind keine zusätzlichen Studienplätze!)

Ganz zu schweigen von den Effizienzgewinnen durch die Einführung der Globalhaushalte, die die Hochschulen komplett behalten dürfen – im Übrigen anders als alle anderen Landeseinrichtungen – und die nach den Erfahrungen rund 10 bis 15 % betragen! All das darf die Universität Wuppertal wie alle anderen Hochschulen im Land behalten.

Wenn die Hochschulleitung jetzt sagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, sie komme mit ihrem Geld nicht aus, fragt sich irgendwann auch der Steuerzahler, was denn das Problem sei. Aus meiner Sicht gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Hochschule hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht, oder sie klagt auf einem sehr, sehr hohen Niveau.

Eines jedenfalls hat weder die Universität Wuppertal noch eine andere Hochschule nötig – das möchte ich noch einmal unterstreichen –: Studienbeiträge dürfen und müssen nicht kompensatorisch verwendet werden. Kürzungen von Landesmitteln sind eine Legende. Wer daran strickt, biegt und beugt nachprüfbar Fakten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es gibt allerdings eine leistungsorientierte Mittelverteilung bei einem Teil der Landeszuschüsse. Ob man dabei gewinnt oder verliert, das hat jede

Hochschule selbst in der Hand. Ich möchte ergänzen, meine Damen und Herren: Wer jetzt die große Chance ergreift und die Millionenzahlung der Studierenden richtig verwendet, nämlich in Qualitätsausbau bei Lehre und Studium – so, wie der Gesetzgeber es vorgegeben hat –, der wird erreichen können, dass wir mehr Absolventinnen und Absolventen hervorbringen, vor allen Dingen viel mehr von ihnen in der Regelstudienzeit – Nordrhein-Westfalen hat bisher sehr darunter gelitten, das nicht geschafft zu haben –, und der wird auch bei der leistungsorientierten Mittelverteilung mehr Geld bekommen. Das ist unser Anreiz, den wir für die Hochschulen setzen.

(Beifall von CDU und FDP – Karl Schultheis [SPD]: Was sagen Sie denn zu Köln?)

– Warten Sie mal ab!

Ein Hinweis sei noch erlaubt: warum die entsprechenden Einnahmen aus gutem Grund nicht im Landeshaushalt erscheinen. Im Jahr 2008 werden 29 Hochschulen Studienbeiträge erheben. Nach derzeitigem Stand kann von zusätzlichen Einnahmen – schreiben Sie es bitte mit, Herr Schultheis, damit Sie Ihre Rede im Nachgang korrigieren können –

(Karl Schultheis [SPD]: Das steht ja nachher im Protokoll, Herr Minister!)

aus Beiträgen in Höhe von bis zu 300 Millionen € ausgegangen werden – und nicht von 230 Millionen €, wie Sie das fälschlicherweise gesagt haben.

Eines will ich ganz klar in Richtung der Hochschulen anfügen: Wir haben den Universitäten und Fachhochschulen die Möglichkeit gegeben, Studienbeiträge zu erheben. Mit diesem Recht geht aber auch die Pflicht einher, die Beiträge verantwortungsvoll und vor allem rechtmäßig einzusetzen, das heißt zur Verbesserung der Lehre und des Studiums. Wenn sich eine Hochschule, meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu nicht in der Lage sehen sollte, empfehlen wir dieser Hochschule dringend, den Studienbeitrag so zu bemessen, dass sie das Geld voll im Sinne der Studierenden einsetzen kann. Keine Hochschule im Land ist gezwungen, den Höchstbeitrag von 500 € zu nehmen.

Mit Blick auf die Verwaltungskostenanteile möchte ich nur hervorheben, dass die Universität Bielefeld mit einem Verwaltungskostenanteil bei den Studienbeiträgen von 3 % auskommt. Auch hier sollten wir den Wettbewerb zwischen den Hochschulen abwarten und schauen, wer besonders ver-

antwortungsvoll und effizient mit dem Beitrag der Studierenden umgehen kann.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz etwas zu der Kritik der Opposition sagen, die Geld-zurück-Garantie funktioniert nicht. Hier sehe ich eine völlig andere Aufnahme. Die Schiedskommissionen, die wir im Gesetz vorgegeben haben, damit die Geld-zurück-Garantie in unserem Sinne funktionieren kann, tagen. Sie machen zahlreiche Verbesserungsvorschläge und sorgen in berechtigten Fällen auch für Rückerstattungen. So gibt es zwei Beispiele an der Robert Schumann Musikhochschule in Düsseldorf, 15 Rückerstattungen an der RWTH Aachen und ein Beispiel an der TU Dortmund.

Ich betone noch einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren: In allen Fällen, in denen von den Studierenden Eingaben gemacht worden sind mit dem Ziel, dass sie ihren Studienbeitrag zurückbekommen, weil die Qualität eben nicht angemessen war, haben die Schiedskommissionen empfohlen, rückzuerstatten. Die Rückerstattung ist in 100 % der Fälle erfolgt. Jetzt sage noch einer, die Geld-zurück-Garantie funktioniert nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber hinaus geben die Schiedskommissionen aber auch wichtige Anregungen an die Hochschulleitungen, wie die Qualität verbessert werden kann. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ich rufe die Studierenden in Nordrhein-Westfalen jedenfalls auf, die Verbesserungen in ihren Hochschulen nachhaltig einzufordern und darauf zu achten und zu drängen, dass die Beiträge, die sie zahlen, zweckgebunden und wirksam verwendet werden.

Wenn sie den Eindruck haben, dass das in dem einen oder anderen Fall nicht so ist und die Hochschule nicht auf ihre Beschwerden reagiert, dann sollen sie sich direkt an das Ministerium, dann sollen sie sich direkt an mich wenden, meine Damen und Herren: Wir haben die Rechtsaufsicht; wir werden dafür sorgen, dass das Studienbeitragsgesetz entsprechend dem Willen des Landesgesetzgebers umgesetzt wird.

(Beifall von der FDP)

Allen Missbrauchsfällen gehen wir gerne gründlich nach.

Dies tun wir, meine sehr verehrten Damen und Herren – und das ist gar nicht einfach –, aber auch deshalb so konsequent, weil das Thema Qualität der Lehre in Wahrheit eine riesige Her-

ausforderung ist. Es ist deshalb eine riesige Herausforderung – das will ich hier noch einmal unterstreichen –, weil dieses Thema in der rot-grünen Hochschulpolitik vergangener Jahre und Jahrzehnte offensichtlich keine Rolle gespielt hat.

Wenn, wie wir bei Regierungsübernahme feststellen mussten, nur 28 % unserer Studierenden in der Regelstudienzeit ihren Abschluss machen können, dann stimmte etwas nicht mit der Qualität von Studium und Lehre. Und wir ändern das jetzt, indem wir die Studienbeiträge einführen und damit mehr Mittel bereitstellen, aber den Studierenden eben auch das Recht geben, einzufordern, dass sich mit den Beiträgen jetzt endlich auch etwas an der Qualität von Studium und Lehren ändert. Diesen Mentalitätswechsel müssen wir in Nordrhein-Westfalen bewirken, nachdem jahrelang an der Stelle nichts, aber auch gar nichts unternommen worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Natürlich müssen sich die Hochschulen an dieses Thema heranarbeiten. Wir tragen dafür Sorge, dass die Hochschulen das zielgerechter tun können. Deshalb prüfen wir im Rahmen unserer Rechtsaufsicht jeden einzelnen Fall, auch den der Universität Köln. Deshalb haben wir auch beim Deutschen Studentenwerk und beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft den externen Bericht über die Verwendung von Studienbeiträgen in Auftrag gegeben, der uns und Ihnen im Frühjahr vorliegen wird, damit wir auch die hinreichende Transparenz schaffen können.

Der Unterschied, sehr geehrte Damen und Herren von der Opposition, zwischen Ihnen und uns ist der: Sie wollen die Hochschulen aus dieser Verantwortung, sich um die Qualität der Lehre zu kümmern, entlassen; wir wollen das bewusst nicht. Sie wollen den Studierenden die Chance auf echte Qualitätsverbesserung wieder wegnehmen, indem Sie Studienbeiträge abschaffen wollen; wir wollen das nicht.

Im Übrigen – das kann ich Ihnen nicht ersparen, ich muss es an der Stelle noch einmal betonen –: Sie haben seinerzeit Langzeitstudienkontengebühren eingeführt, das Geld aber beim Finanzminister abgeliefert. Wir belassen das Geld der Studierenden bei den Hochschulen. Jetzt sorgen wir mit den Studierenden zusammen dafür, dass es auch erfolgreich eingesetzt werden kann.

(Beifall von der FDP)

Das Gleiche gilt für den Hochschulpakt, meine Damen und Herren. Wir richten uns auf die steigenden Studierendenzahlen ein. Wir haben den

ersten Teil des Hochschulpaktes bereits umgesetzt. Er wird 446 Millionen € umfassen, von Bund und Land hälftig finanziert, zur Schaffung von 26.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen. Wir wissen, dass ein zweiter Teil für den doppelten Abiturjahrgang des kommenden Jahrzehnts wie auch für demografiebedingt weiter steigende Studierendenzahlen folgen muss.

Darauf werden wir auch mit dem Ausbau der Fachhochschulkapazität reagieren. Und das – das haben Sie schon gesehen – wird auch vom Landeshaushalt 2008 entsprechend aufgegriffen, indem wir hierfür einen neuen Haushaltsansatz vorgesehen haben.

Damit wir auch hier die Zahlenschieberei der Opposition zurechtrücken können, meine Damen und Herren: Die Studienberechtigtenzahl ist in diesem Jahr um 1,8 % gestiegen, die Studienanfängerzahl um 3,8 %.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wer hat das behauptet? 6,7 %!)

– Wenn ich Ihnen die Zahlen, die Sie gelegentlich behaupten, jetzt vorhalten wollte, Herr Eumann ... Wir haben die Zahlen seriös von den Hochschulen abgefragt. Und wir haben auf der Basis dieser Zahlen

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie müssen die Zahlen jetzt um mehr als 50 % korrigieren!)

eine Darlegung gemacht, lieber Herr Eumann, die bei drei Hochschulen eine wesentliche Abweichung aufwies, die im Durchschnitt zu dem veränderten Ansatz führte.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mehr als 50 % Korrekturen!)

– Ja, wir haben Korrekturen nach unten und nach oben. Zum Beispiel ist der Anstieg bei den Fachhochschulen noch höher ausgefallen, als wir es vorhergesagt hatten. Wir haben einen Zuwachs bei den Studienanfängerzahlen der Fachhochschulen von über 11 %, Herr Eumann. Freuen Sie sich doch einmal darüber, dass es in Nordrhein-Westfalen vorangeht, nachdem Sie dort jahrelang nichts gemacht haben!

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen, Herr Eumann – das richtet sich natürlich an Sie, aber auch an die geschätzte Kollegin Frau Seidl –, Frau Seidl, Sie hatten das Problem benannt, wir würden vielleicht diejenigen, die studieren könnten, aber offensichtlich aufgrund unserer „schlechten Bedingungen“ kein Studium aufnehmen, benachteiligen. Ich frage Sie einmal, wa-

rum Sie es, solange Sie in der Verantwortung waren, zugelassen haben, dass Nordrhein-Westfalen unter allen 16 Bundesländern mit Abstand die niedrigste Übergangsquote bei Hochschulzugangsberechtigten zum Hochschulstudium hatte. Das hätte Sie auf die Barrikade bringen müssen! Sie haben indes offensichtlich nichts unternommen.

Sie waren mit Ihrer Bilanz, was die Übergangsquote betrifft, im Ländervergleich das Schlusslicht. Jetzt merken wir: Es zieht langsam an. Gott sei Dank! Natürlich muss Nordrhein-Westfalen den Anschluss finden, auch beim Übergang von Hochschulzugangsberechtigten zum Hochschulstudium. Aber dafür müssen Sie die Hochschulen auch so attraktiv machen, dass sich die jungen Menschen eingeladen fühlen.

Mit Ihren hohen Abbrecherquoten und Ihren geringen Erfolgsquoten – ich sage es noch einmal: 28 % der Studierenden schafften das Studium in der Regelstudienzeit – haben Sie keine Einladung an die jungen Menschen ausgesprochen, sich auf ein Studium einzulassen. Wir ändern die Bedingungen, und damit wird sich auch die Übergangsquote im Interesse der jungen Menschen ändern. Wer eine Hochschulzugangsberechtigung hat, kann und wird in Nordrhein-Westfalen auch erfolgreich studieren können. Das ist der Politikwechsel hier in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schultheis?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident, ich habe mich sehr darum bemüht, meine Rede mit der Beantwortung der vielen Fragen, die mir gestellt worden sind, zu verbinden.

Vizepräsident Oliver Keymis: Also gestatten Sie keine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich kann natürlich jede Zwischenfrage noch zusätzlich beantworten, wenn mir das nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir halten die Zeit an, dann wird gefragt.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich wäre aber dankbar, wenn ich noch zwei Gedanken zusätzlich ausführen dürfte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Im Prinzip kann die Regierung die Redezeit ausdehnen. Aber wenn Sie die Zwischenfrage annehmen, dann stoppen wir die Zeit. Ja?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Das mache ich sehr gerne. Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön. – Herr Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Vielen Dank, Herr Minister. Ich finde den Vorwurf der Zahlenschieberei nicht okay, gerade in diesem Kontext nicht, wo Sie gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten große Erfolge angesichts historisch hoher Zahlen an Studienanfängern feiern wollten. Sie haben Ihre Zahlen – das kann passieren – um mehr als 50 % korrigieren müssen.

Stimmen Sie mit mir überein, dass die endgültigen Zahlen derjenigen, die in Nordrhein-Westfalen zum nächsten Semester studieren, erst Mitte Dezember durch das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik vorliegen werden und dass die KMK-Prognose hinsichtlich der zusätzlichen Studienberechtigten auf 8,1 % und nicht auf 1,8 % ausgelegt ist?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich kann darauf sehr gerne antworten, Herr Schultheis. Ich habe Ihnen natürlich nur die vorläufigen Zahlen des Landesamtes für Statistik mitteilen können, die 3,8 %, die Sie auch nur kennen.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wir können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur vorläufige Zahlen mitteilen. Die haben immer einen gewissen Grad an Ungenauigkeit. Ich habe Ihnen auch den Zuwachs bei den Hochschulzugangsberechtigten gemäß Landesamt für Statistik mitgeteilt: Das sind die 1,8 %. Mehr Zahlen, die auf Nordrhein-Westfalen zutreffen, kann ich Ihnen nicht mitteilen. Die Differenz von 3,8 zu 1,8 % beträgt für mich immer noch 2 Prozentpunkte. Insofern stelle ich fest: Wir haben mehr Studienanfänger als Studienberechtigtenzuwachs in diesem Jahr, in 2007. Das führt mich zu der positiven Bewertung, die ich eben vorgenommen habe.

Vizepräsident Oliver Keymis: Jetzt läuft Ihre Zeit weiter. Ab jetzt überziehen Sie. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ja, die überziehe ich – herzlichen Dank! –, denn ich möchte schon noch gern etwas zu den anderen Elementen sagen, zum Beispiel zu der Wettbewerbsfähigkeit des Forschungs- und Technologiestandortes Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Hierzu möchte ich hervorheben, dass wir die Exzellenzinitiative in diesem Jahr natürlich mit noch mehr Mitteln durchführen können. Die steigen auf 20 Millionen €. Die Fördermittelsenkung von 15 %, von der Sie sprachen, Herr Schultheis, ist schon nicht mehr aktuell. Das werden eher 10 % sein. Im Übrigen liegt es nicht am Land, sondern gemeinsam an Bund und Ländern, die das so festgelegt haben. Ich hätte mir das auch anders vorstellen können.

(Karl Schultheis [SPD]: Ich finde gut, dass wir das erfahren!)

Aber das wurde vom Bund mit einem festen Finanzrahmen so vorgegeben. Wir sind jedoch jetzt schon bei „nur“ 10 %. Die DFG sagt uns, am Ende könnte es sein, dass alle Projekte voll ausfinanziert werden, weil erfahrungsgemäß doch nicht alle Bruttoanmeldungen in vollem Umfang in der vorgeschriebenen Zeit abgerufen werden. Ich sehe hier daher zurzeit keine Probleme. Die Hochschulen können ihre Projekte hervorragend realisieren. Nordrhein-Westfalen hat so weit gut abgeschnitten, dass alle Landesmittel, die vorgesehen waren, abgerufen werden können.

Ein weiteres Schwerpunktthema ist die Spitzenforschung in der Medizin, die wir durch den Landeswettbewerb, der ausgeschrieben ist, gezielt stärken wollen. Wir wollen in den nächsten Jahren jährlich 4 Millionen € zusätzlich bereitstellen, um durch Schwerpunktprofessuren für exzellente Forschung Sorge zu tragen.

Der Ausbau des vorhandenen Höchstleistungsrechners ist in der Debatte bereits erwähnt worden. Er wird durch die Landesregierung durch Verpflichtungsermächtigungen in der Größenordnung von 44 Millionen € unterstützt, meine Damen und Herren. Das kann man nicht hoch genug als Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen werten, um Spitzenleistung möglich zu machen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Kollegen aus Bayern und aus Baden-Württemberg beobachten sehr

sensibel, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen auf dem Gebiet der Höchstleistungsrechner nicht nur in Deutschland eine Spitzenposition anstreben, sondern auch in Europa.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin dem Parlament und den regierungstragenden Fraktionen ausgesprochen dankbar, dass wir die Mittel für diese Forschungsverstärkung zur Verfügung gestellt bekommen. Das ist zumindest aus meiner Sicht keine Selbstverständlichkeit.

Für das Max-Planck-Institut für die Biologie des Alterns hat die Landesregierung eine Mitfinanzierung in Höhe von insgesamt 30,1 Millionen € bereitgestellt. Auch das ist ein ganz entscheidender Schritt, um die Fähigkeiten Nordrhein-Westfalens auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften zu stärken.

(Karl Schultheis [SPD]: Wann kommt es denn?)

– Natürlich kommt es, Herr Schultheis.

(Karl Schultheis [SPD]: Wann denn?)

Die Professuren sind nicht nur ausgeschrieben, sondern die Berufungen haben stattgefunden. Die Verfahren sind so weit abgeschlossen. Wir können 2008 beginnen, für die berufenen Köpfe die Gebäude zu errichten usw. Das läuft alles fahrplanmäßig auf ganz hervorragende Weise.

Wir haben jetzt – das klang auch beim Thema Innovationsfonds an – insgesamt 140 Millionen € zur Verbesserung der Innovationskraft des Landes Nordrhein-Westfalen in den drei Häusern Innovation, Wirtschaft und Umwelt bereitstellen können. Damit halten wir nicht nur Wort, sondern wir eröffnen auch die Möglichkeit, Nordrhein-Westfalen in den Schwerpunktbereichen, die wir definiert haben, wirksamer nach vorne zu bringen.

Vonseiten der Opposition wurde hier dazwischengerufen: Was machen Sie denn eigentlich? – Das habe ich mich auch gefragt, als wir in die Verantwortung kamen, rückblickend auf das, was Sie getan haben. Was haben Sie eigentlich gemacht? Es war eben so: Sie haben alles und nichts gemacht. Sie haben zumindest in den Hochglanzbroschüren einen Blumenstrauß an vermeintlicher Schwerpunktsetzung gebunden. Da haben Sie den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr erkennen können.

Frau Kollegin Thoben und ich haben erstmalig eine Clusterstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Erstmals? – Karl Schultheis [SPD]: Das ist nichts Neues!)

Mit der Innovationsstrategie haben wir erstmalig Schwerpunkte im Bereich Forschung und Technologie definiert, meine Damen und Herren. Wenn wir sagen, wir konzentrieren uns jetzt auf die Bereiche, in denen Nordrhein-Westfalen stark ist, um mit den Stärken Spitzenpositionen zu erreichen, ist das ein Neuanfang für Nordrhein-Westfalen.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist im besten Fall eine Fortsetzung!)

Diese Klarheit bei der Betonung von Stärken und die Bereitschaft der Politik, gezielt in die Stärken zu investieren, hat es vorher leider nicht gegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das gab es in Süddeutschland. Deswegen ist man da weiter als wir. Wir ändern das jetzt beherzt. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Jetzt will ich auf die Zahlen eingehen – Kollege Löttgen war so freundlich, das auch anzusprechen – und einen Vergleich zu Ihren damaligen Zahlen ziehen. Wir haben im Einzelplan 06 im Jahr 2008 ein Volumen von 575 Millionen € für die Förderung von Forschung und von Innovation. Das bedeutet einen Zuwachs von 14,4 % im Vergleich zum Vorjahr. Dann sagen Sie doch bitte noch einmal, wir würden im Bereich Forschung, Technologie und Innovation keinen Schwerpunkt setzen! Wenn eine Steigerung von 14,4 % für Sie nicht Nachweis genug ist, dass wir Schwerpunkte setzen, möchte ich gerne wissen, welche Zahlen Sie noch von uns geliefert bekommen möchten, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition.

Insgesamt wächst der Etat um fast 3 %. Für Innovation, Forschung und Technologie wächst der Etatansatz um 14,4 %. Das ist eine ganz klare Aussage: Wir reden nicht nur davon, Innovationsland Nummer eins werden zu wollen, sondern wir investieren auch, damit wir eine Aussicht haben, das werden zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben in den letzten beiden Jahren mit dem Zukunftspakt, mit dem Studienbeitragsgesetz, mit dem Hochschulfreiheitsgesetz, mit der Begleitung der Exzellenzinitiative und mit dem Hochschulpakt wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Und wir haben bereits wichtige Erfolge bei der Ansiedlung von Spitzenforschungseinrichtungen erreicht.

Es ist unser Ziel, auf diesem Kurs der Qualitätssteigerung, der Exzellenz in der Spitze und der besseren Qualität in der Breite für Nordrhein-Westfalen fortzufahren, in den nächsten Jahren nicht nur gezielt zu investieren, sondern die Gestaltungskräfte durch die Reformen auch so zu befreien, dass sie für unser Land die notwendige Kreativität und das notwendige Engagement hervorbringen, damit wir wieder Anschluss an die Spitze finden und damit Nordrhein-Westfalen wieder dort hinkommt, wo es hingehört, nämlich nach vorne. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart. – Langer Applaus für eine verlängerte Rede! Ich darf darauf hinweisen, dass damit allen anderen Fraktionen im Hause nun noch einmal zehn Minuten und 56 Sekunden Redezeit zur Verfügung stehen. Wir addieren das schon einmal im Einzelnen. Insbesondere profitiert davon natürlich die SPD-Fraktion, die schon 46 Sekunden über der Zeit war und damit auch noch einmal Gelegenheit hätte, das Wort zu ergreifen.

Als Nächste hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Dr. Seidl zu Wort gemeldet.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pinkwart, Sie haben eben so ein wunderschönes Bild von der Bergischen Universität Wuppertal gezeichnet, die jetzt wegen ihrer Studierendenzahlen so viel mehr Geld bekommt. Wir allerdings hören von dort, dass die Bergische Universität zurzeit nicht weiß, wo sie ihre Studierenden unterbringen soll, dass sie ihre Seminare und Vorlesungen in Kinosälen abhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist kein Witz, das ist traurige Realität. Man hat sich dort überlegt, ob man nicht ein Zelt für 600 Studierende auf dem Campus errichten soll, damit man mit der Überlast, die sie zurzeit an der Hochschule haben, irgendwie zurechtkommt. Das ist doch die traurige Realität, die wir an unseren Hochschulen haben.

Es macht auch ein wenig wütend, wenn Sie sich heute hier hinstellen und diesen Hochschulhaushalt abfeiern. Ich will das noch einmal zusammenfassen: Rückzug aus der staatlichen Verantwortung, Studiengebühren, deren Verwendung mehr als zweifelhaft erscheint, viel zu wenige Studie-

rende und der wachsende Akademiker- und Fachkräftemangel – das ist doch die traurige Bilanz Ihrer Regierungszeit. Und das ist die Realität, vor der wir heute diesen Hochschulhaushalt diskutieren.

Da nützt es überhaupt nichts, wenn Sie immer in die Vergangenheit gucken. Diese Legislaturperiode ist schon über die Hälfte vorbei. Das heißt, es ist Ihre Regierungszeit und es ist Ihre Realität, die wir heute diskutieren und vorfinden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn wir uns die Innovationspolitik – ich möchte gern noch auf diesen Bereich eingehen – des selbsternannten Innovationsministers ansehen, dann kann man doch nur sagen: Der Name alleine macht das Programm noch nicht gut. Es ist eine Innovationspolitik ohne Schwerpunkte und ohne Profil.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das stimmt doch nicht!)

Wenn man sich die neue Clusterpolitik der Landesregierung ansieht, die in sage und schreibe 16 Clustern abgebildet wird, erkennt man doch, wer sich hier nicht hat durchsetzen können, Herr Pinkwart. Ein Innovationsfonds ohne Transparenz und Zielsetzung, eine Innovationsallianz, die alleine von den Hochschulen getragen wird – viel heiße Luft, aber wenig Innovation, viele schöne Worte, aber wenig Gestaltung.

Stattdessen mussten wir vor Kurzem im Ausschuss noch feststellen, dass Sie unsere Forschungsinstitute in Nordrhein-Westfalen – Titelgruppe 73 – nach und nach ausbluten lassen. Dabei wurde doch auch vonseiten der Sprecher anschaulich dargelegt, dass diese wissenschaftlichen Einrichtungen genau in diesem Bereich der Innovationsförderung, von dem immer geredet wird, an der Schnittstelle zwischen den Hochschulen und der mittelständischen Wirtschaft tätig sind. Sie arbeiten an ergebnisoffener Grundlagenforschung und wirtschaftlich orientierter Produkt- und Dienstleistungsentwicklung. Sie beraten als Transfereinrichtungen die Politik im Land, im Bund und in der EU bei allen fachlichen Fragen.

Statt dieses Know-how zu nutzen, statt den Instituten einen verbindlichen Rahmen und ein Profil zu geben, haben Sie deutlich gemacht, Herr Pinkwart, dass Sie an diesen Einrichtungen überhaupt kein Interesse haben. Dabei würde ein solcher stark profilierter Verbund von Forschungseinrichtungen viele Chancen für echte Innovationen eröffnen. Innovationen entstehen nämlich nicht nur aus einzelnen Technologien. Innovationen

entstehen vor allem durch Querdenken und durch Vernetzungen. Aber dass Sie dies bislang nicht erkannt haben, haben Sie schon mit der Zerschlagung des Wissenschaftszentrums unter Beweis gestellt.

(Zuruf von der CDU)

Und was tun Sie zur wirksamen Behebung des Fachkräftemangels? Während Sie, Herr Pinkwart, mit den Hochschulen einen Hochschulpakt aushandeln, verkündet der Ministerpräsident den Neubau von Fachhochschulen. Statt mehr Studienplätze zu schaffen, wird hier das Geld in unnötige Infrastruktur gepulvert. Hier geht es offensichtlich nicht mehr um Inhalte, sondern um regionale Begehrlichkeiten. Alles in allem ist das eine Politik, die mehr vom Schein lebt als von der Tatkraft.

Wenn wir in Nordrhein-Westfalen Innovationsland Nummer eins werden wollen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann rate ich Ihnen zuallererst eines: Investieren Sie in Köpfe! Nur mit einem zukunftsweisenden und einem qualitativollen Ausbau unserer Studienplätze in Nordrhein-Westfalen werden wir nämlich dem Fachkräftemangel wirksam begegnen können. Hierzu haben wir heute die entsprechenden Anträge gestellt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Seidl. – Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Witzel zu Wort gemeldet. 13 Minuten und 21 Sekunden stehen Ihnen, Herr Witzel, jetzt noch zur Verfügung. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, heute wäre eine sehr gute Gelegenheit, liebe Kolleginnen und Kollegen auch von der Opposition, der Landesregierung und unserem Innovationsminister für all das zu danken, was er die letzten zweieinhalb Jahre auf den Weg gebracht und auch im neuen Haushalt für das Jahr 2008 angelegt hat.

(Beifall von der FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ist das der Beitrag zum Nikolaus?)

Meine Damen und Herren, die Neuprofilierung des Politikfeldes Innovation ist auch im Vergleich der Bundesländer beispiellos. Deshalb teilen wir ausdrücklich die Philosophie, die dahintersteht: dass das Ministerium nämlich nicht – so wie früher bei Ihnen – Hochschulbürokratie verwaltet, sondern dass es sich hier auf eine schlanke Rechtsaufsicht konzentriert, um für Innovationspo-

litik, für Fortschritt und damit für die Zukunft unseres Landes, für neue Arbeitsplätze und für den Strukturwandel umso mehr Ressourcen frei zu haben.

Das Beispiel der Kinosäle, das Sie hier vorgetragen haben, Frau Kollegin Seidl, ist schon bemerkenswert. Ich kann Ihnen sagen: Zu Zeiten von Rot-Grün war das für mich als Student absolute Realität. Fragen Sie mal bei der Gesamthochschule Essen nach:

(Zuruf von Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Das dortige CinemaxX-Kino mit seinen rosa Plüschsesseln wurde bis in den Nachmittag hinein immer gerne für die Hochschule genutzt, um Veranstaltungen auszulagern, weil die baulichen Voraussetzungen der Hochschule nicht ausreichend waren.

Also, wenn Sie das als einen Punkt, den Sie uns hier vorwerfen, neu erkannt haben sollten, dann schauen Sie sich bitte die letzten zehn Jahre rot-grüner Politik an.

Da sich meine Heimatregion, das Ruhrgebiet, wie wohl kaum eine andere in unserem Land im Umbruch befindet, kann ich nur unterstreichen, wie wichtig diese Ausrichtung auf Innovationen für unser Land ist, wenn wir uns im Rahmen des Strukturwandels zukünftige Chancen erarbeiten wollen. Die Vielzahl an Programmen, die hier auch in der Vernetzung mit anderen Ressorts angestoßen worden sind – ich nenne beispielhaft die Profilierung als Forschungsstandort für den Gesundheitsbereich oder die Konzentration auf Innovationen im Bereich der Werkstofftechnologie –, ermöglicht viele Projekte. Dies ist nur deshalb möglich, weil es gelungen ist, private Partner zu finden, die dem öffentlichen Etat, welcher aus Steuergeldern besteht, zusätzliche Mittel zuführen. Es ist hervorragend und im Vergleich zu Ihrer Regierungszeit beispiellos, in welcher Art und Weise das gelingt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Witzel'sche Leier!)

Genau das macht in der Vernetzung der unterschiedlichen Bereiche das konsistente Bild der Koalition der Erneuerung aus: Wir bejahen den Strukturwandel. Es ist nämlich nicht länger vertretbar, Steinkohlenbergbau weiterhin auf Kosten der Allgemeinheit zu subventionieren. Deshalb vollziehen wir den Ausstieg,

(Svenja Schulze [SPD]: Abstieg!)

den Sie sich in der letzten Legislaturperiode nicht zugetraut haben. Wir sind fest davon überzeugt,

dass es 2012 nicht zu einer Revision kommen wird. Es gibt aufgrund der wirtschaftlichen Fakten keine Alternative zum Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau.

Das Land hat 500 Millionen € an Vergangenheitssubventionierung ohne jegliche Zukunftsaussichten aufgebracht. Dieses Geld investieren wir lieber in neue Instrumente, in gute Bildung, in gute Ausbildung, in den Strukturwandel und in die Innovationspolitik. Insofern ist auch der Innovationsfonds im dreistelligen Millionenvolumen, welcher in der zweiten Hälfte der Legislatur seine Wirkungen entfalten wird, ein gutes Beispiel auch im Vergleich mit anderen Bundesländern.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Sie können kein anderes Land in Deutschland benennen, das so konsequent Richtung Zukunft, Richtung Strukturwandel, Richtung Modernität und Richtung Innovation umgesteuert hat wie Nordrhein-Westfalen.

Von daher ist es gut, dass wir für diese Politik auch international Anerkennung erfahren, dass das Ausland also wieder nach Nordrhein-Westfalen schaut. Wir liegen mitten in Europa. Wir haben europäische Nachbarn. Aus diesem Grund ist es für uns als größtes Bundesland in Deutschland und als Land in der Größe vieler anderer europäischer Staaten wichtig, ein eigenes Profil für unsere Wissenschafts-, Hochschul-, Forschungs- und Technologielandschaft zu entwickeln. Da sind wir auf einem guten Weg.

Wir haben in der letzten Plenarwoche breit über den weltweit leistungsfähigsten Superrechner diskutiert. Dass solche Erfolgsmeldungen, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Bereich von Spitzentechnologien weltweit führend sind, einmal die Schlagzeilen bestimmen, kann man nicht alleine der Landesregierung zuschreiben. Dafür ist das Zusammenwirken zwischen den Akteuren in den Einrichtungen und den Kompetenzen, die wir natürlich im System vorhalten – das ist gar keine Frage –, notwendig. Solche Meldungen belegen, dass das Klima in unserem Land hervorragend ist.

(Carina Gödecke [SPD]: Mein Gott, Herr Witzel, ersticken Sie nicht an Ihren Innovationen!)

Es sind exzellente Aushängeschilder für das Marketing des Standorts Nordrhein-Westfalen, wenn im Ausland ankommt, in welchen Bereichen wir in Europa und weltweit führend sind.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Dann hätten wir ja jetzt den Wunschzettel für den Weihnachtsmann fertig!)

Wir werden alles dafür tun, um Ihnen viele weitere Belege für die Innovationspolitik unseres Landes zu bringen. Denn das sind Investitionen in die Zukunft.

(Beifall von der FDP)

Das ist angesichts neuer Herausforderungen, die sich im Rahmen des demografischen Wandels in den nächsten Jahren ergeben, zugleich eine Investition in die Qualifizierung unserer Gesellschaft.

Deshalb freut es uns, dass wir im letzten Durchgang der Exzellenzinitiative erfolgreich abgeschnitten haben. Wir haben mit der RWTH Aachen ein hervorragendes Aushängeschild. Sie ist eine Visitenkarte für unser Land Nordrhein-Westfalen und auch für das Ruhrgebiet.

(Carina Gödecke [SPD]: Jetzt müssen Sie nur noch sagen, dass das ab 2005 angefangen hat!)

– Frau Gödecke, zu Ihrem Zwischenruf: Auch für Bochum gab es sehr gute Nachrichten. Denn aufgrund der hervorragenden Platzierung, die die Ruhr-Universität erreicht hat,

(Carina Gödecke [SPD]: Aber nicht erst seit 2005!)

ergibt sich für uns als Kinder des Ruhrgebiets in der nächsten Zeit die Gelegenheit, auch diesen Standort weiter zu profilieren.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der Urknall war 2005!)

Ich darf an das Rückkehrerprogramm und die Effekte, welche es für die Imagebildung unseres Land auslöst, erinnern. In den letzten Jahren haben Menschen Nordrhein-Westfalen verlassen, weil sie hier keine Zukunft für sich gesehen haben,

(Lachen von Carina Gödecke [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

und jetzt stellen wir Mittel bereit,

(Beifall von der FDP)

damit wir exzellente Köpfe nach Nordrhein-Westfalen holen,

(Carina Gödecke [SPD]: Herr Witzel, jetzt ist aber gut!)

die sich hier eine Zukunft aufbauen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Aber Nordrhein-Westfalen schrumpft doch, Herr Witzel!)

– Dass es Sie ärgert, Herr Eumann, dass Ihnen die Leute davongelaufen sind und dass sie nun unter Schwarz-Gelb wieder nach Nordrhein-Westfalen kommen, ist mir völlig klar.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo sind Sie eigentlich stehen geblieben?)

Ich halte es für einen ganz exzellenten Ansatz, dass wir dafür sorgen, dass wir Spitzenkräfte in unserem Land halten, und keine Anreize dafür setzen, dass sie Nordrhein-Westfalen verlassen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie leben wohl in einer Parallelwelt!)

Das gilt natürlich auch in anderer Richtung, also für die Vorschläge, die unser Innovationsminister im Bereich der Stipendienprogrammoffensive unterbreitet hat. Deshalb verteidigen wir diesen Ansatz der Neuausrichtung der Haushaltstitel, die die Studienkollegs betreffen. Wir investieren auf diese Weise in exzellente Köpfe, die nach Nordrhein-Westfalen kommen und den wissenschaftlichen Diskurs sowie die Forschungsarbeit hier in Nordrhein-Westfalen entsprechend bereichern. Das ist aus unserer Sicht die richtige Schwerpunktsetzung.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eumann?

Ralf Witzel (FDP): Von Herrn Eumann immer gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Kollege Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Meine Zwischenfrage habe ich angemeldet, als Herr Witzel noch über das Wachstum Nordrhein-Westfalens sprach.

Herr Witzel, ich würde gerne mit Ihnen wetten: Am Ende Ihrer Regierungszeit 2010 wird Nordrhein-Westfalen weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben als beim Urknall 2005. Gehen Sie diese Wette mit mir ein? Ja oder nein?

Ralf Witzel (FDP): Herr Eumann, wir können uns gern über Demografieprognosen unterhalten. Wir können auch über Ihre Urknalltheorie diskutieren.

Mir ist nur wichtig, dass Nordrhein-Westfalen in Deutschland Spitze ist, was Zukunftsfähigkeit und Innovation angeht. Wir haben erklärt, dass das nicht über Nacht gelingen kann, weil viel zu viel aufzuholen ist, dass wir allerdings im Jahre 2015

bundesweit Spitze sein wollen. Das werden wir erreichen. Auf diesem Weg machen wir jedes Jahr weitere große Schritte. Wir haben das in der letzten Plenarsitzung am Beispiel des Superrechners diskutiert. Wir werden viele weitere Belege für Innovationspolitik und für die Erfolge der Investitionen bei Neuausrichtung der Politikschwerpunkte dieses Landes bieten.

Das ist dann auch ein wichtiger Beitrag zur Beantwortung der Frage, wie wir mit Prozessen des demografischen Wandels umgehen.

Das ist aber auch eine wichtige Antwort auf die Frage, wie wir der Notwendigkeit begegnen, stärker für eine Qualifizierungsoffensive der Bevölkerung zu sorgen, und wie wir eine Strategie entwickeln, um mittel- und langfristig dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Deshalb halte ich es für ganz hervorragend, dass in einer so nie dagewesenen Partnerschaft der Schulbereich und der Innovationsbereich zusammenarbeiten, um in jungen Jahren Kinder und Schüler für Technik und für Naturwissenschaften zu begeistern, damit also genau für die Felder, die künftig am ehesten gefährdet sind, in Nordrhein-Westfalen unter Fachkräftemangel zu leiden. Deshalb ist das ein wesentlicher Beitrag zur Qualifizierungsoffensive unseres Landes, wenn das partnerschaftlich von beiden Häusern, dem MSW und dem MIWFT, gemeinsam angegangen wird.

Alle diese Einzelprojekte, die es in diesem Rahmen gibt, bei denen Schüler Technik in Kombination mit Angeboten der Unternehmen in Form von Projektwochen kennenlernen, sind ausdrücklich richtig. Mit dieser neuen Schwerpunktsetzung haben wir begonnen. Wir ermuntern die Landesregierung, diesen Weg auch in den nächsten Jahren zu gehen.

Wichtig ist in dem Zusammenhang, dass Forschungspolitik ideologiefrei ist.

(Lachen von Marc Jan Eumann [SPD])

Forschung und Wissenschaft müssen ergebnisoffen und ideologiefrei sein, sonst macht Wissenschaft und Forschung keinen Sinn.

(Beifall von Christian Lindner [FDP], Reiner Priggen und Dr. Ruth Seidl [GRÜNE])

Wir bemühen uns deshalb in Nordrhein-Westfalen konsequent darum, Wissenschaften anzusiedeln, mit denen Sie Berührungspunkte hatten. So starten wir eine Offensive in der Biotechnologie, und wir holen Wissenschaftler nach Nordrhein-Westfalen.

Ich kenne das von der Essener Universität: Joachim Goethert baut zum 1. Januar 2008 an der Hochschule sein neues Sachgebiet im Bereich der Stammzellenforschung auf.

Außerdem soll man sich ideologiefrei zu dem Standort Jülich und ausdrücklich dazu bekennen, dass wir, solange auf der Welt Kernenergie eingesetzt wird, und zwar von Jahr zu Jahr weltweit mehr als früher, nicht aus der Kernenergiesicherheitsforschung aussteigen dürfen, wenn wir Technologien gestaltbar und beherrschbar machen wollen. Das ist ideologiefreie Forschungs- und Technologiepolitik, die wir am Standort Nordrhein-Westfalen brauchen.

Ich fordere Sie ausdrücklich auf, diese Politik zu unterstützen. Bringen Sie sich mit Ihren Vorschlägen in die Clusterstrategie ein, die wir in Nordrhein-Westfalen schaffen, um Zukunftsfelder mit nachhaltiger Wirkung für die nächsten Jahre zu etablieren.

Das Hochschulfreiheitsgesetz bietet für die Hochschulen in idealer Weise einen guten Rahmen, sich selber zu entfalten. Das ist unsere Philosophie, so viel Freiheit vor Ort wie möglich zu schaffen, damit selbstbewusste Akteure in den Einrichtungen das System in einer Weise neu gestalten können, dass das insgesamt von Vorteil ist. Wir wollen Vielfalt in der Hochschullandschaft. Das Hochschulfreiheitsgesetz bietet eine gute Grundlage für diese Vielfalt.

Diese Grundlage wird genutzt. Wir profilieren technische Universitäten neu, wie wir das gerade bei dem Wandel hin zur TU Dortmund erleben. Wir starten eine Fachhochschuloffensive, die auch dafür sorgt, dass das Angebot für Studenten zukünftig facettenreicher sein wird, als es in der Vergangenheit der Fall war.

Ich bin damit bei meinem letzten Hinweis, der insgesamt für diesen Bereich steht: Wir wollen Motivation bei allen Akteuren in Nordrhein-Westfalen wecken, bei Studenten, Professoren, Unternehmen, Forschern, in der Wirtschaft und in der Wissenschaft. Deshalb wollen wir ein Klima der Freiheit und ein Klima einer ideologiefreien Forschung. Diesen mentalen Klimawandel gibt es in Nordrhein-Westfalen in der Tat. Ihn sollten Sie mit begleiten. Er ist zum Vorteil unseres Landes und für die Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion der Kollege Schultheis das

Wort. Auch er hat zehn Minuten Redezeit, die er ausschöpfen kann, aber – erlauben Sie mir diesen kollegialen Hinweis – keiner muss das zwingend tun.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum machen Sie das jetzt?)

– Ich gebe solche Hinweise nicht mitten in einer Rede. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie alle kennen die Gepflogenheiten in diesem Hause. Selbstverständlich haben alle Fraktionen in dem Maße, wie die Landesregierung ihre Redezeit überzogen hat, entsprechende Redezeit. Aber den kollegialen Hinweis auf die Möglichkeiten erlaube ich mir trotzdem.

Jetzt hat selbstverständlich der Kollege Schultheis das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich nehme den Hinweis gern auf, muss aber sagen, dass Herr Minister Pinkwart es nicht mehr gutmachen kann, dass Herr Witzel hier so viel Redezeit hatte, und zwar vor allen Dingen wegen der Inhalte, die uns vermittelt worden sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will einen Punkt aufgreifen, den Herr Witzel hier wirklich gut gesetzt hat. Sie haben nämlich den Zusammenhang zwischen Schule und Hochschule aufgezeigt. Deshalb wäre es sehr interessant gewesen, wenn der Innovationsminister gerade zu dieser Schnittstelle und zu dem Zusammenhang in der Bildungskette etwas ausgeführt hätte, insbesondere deshalb, weil sich seine schulpolitischen Vorstellungen doch ein Stück von dem, was in der CDU dazu gedacht wird, abheben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage das auch deswegen, Herr Witzel, weil es dann auch um das Zahlenwerk geht, über das eben diskutiert worden ist und das insbesondere der Minister selbst angesprochen hat, nämlich was die Studierendenquote in Nordrhein-Westfalen und deren Entwicklung auf der Zeitschiene betrifft.

Deshalb will ich mich auf die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks beziehen; Sie haben dieses Heft auch alle bekommen, schauen Sie mal rein. Auf Seite 11 ist in einer Grafik die Entwicklung der Studienanfängerquote von 1980 bis 2005 dargestellt. Im Vergleich zu den übrigen Flächenstaaten lag sie in Nordrhein-Westfalen

2005 bei 39,8 % und bei den Flächenstaaten wie Bayern, Baden-Württemberg usw. bei 33,2 %. Das ist seit 1980 so und hat sich nicht geändert.

(Beifall von der SPD)

Die Studienanfängerquote war in Nordrhein-Westfalen immer höher als in den anderen Flächenstaaten. Das ist auch das Ergebnis einer Schulpolitik, die dafür gesorgt hat,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Durchlässigkeit!)

dass viele junge Menschen in Nordrhein-Westfalen das Abitur machen konnten.

Es stellt sich die Frage, ob Sie mit Ihrer Schulpolitik in der Lage sind, das zu gewährleisten und weiterzuentwickeln.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie wollen die Gymnasien abschaffen! – Gegenruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da kommt das Witzel-Trauma wieder hoch! – Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

– Ich spreche nicht davon, es abzuschaffen. Es geht darum, positive Angebote zu machen, die es ermöglichen, dass viele junge Menschen ihre Bildungsziele erreichen können.

Ich will Ihnen eine zweite Grafik auf Seite 25 der 18. Sozialerhebung vorstellen, bei der es um den sozialen Stand junger Menschen in Nordrhein-Westfalen und im Bundesgebiet geht. Es handelt sich um einen Vergleich von 1997 bis 2006, also nicht um eine sehr lange Zeitleiste. Auch hier wird deutlich, dass der Anteil der Studierenden aus einer „niedrigen“ Herkunftsguppe an den Hochschulen in NRW immer höher als in allen anderen Bundesländern war.

Das von Ihnen hier vorgetragene Zahlenwerk entspricht nicht den Tatsachen. Was diese Anforderungen angeht, haben wir in der Vergangenheit viel getan; sicherlich nicht genug. Aber Sie betreiben eine Schulpolitik, die das Gegenteil erreicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Witzel, schauen Sie es sich an. Die Zahlen sind so – es sei denn, Sie können nachweisen, dass das Deutsche Studentenwerk falsche Zahlen anbietet.

(Ralf Witzel [FDP]: Ist die Gymnasialquote rückläufig?)

Ich habe Ihnen dargestellt, wie sich die Studierendenquote über eine lange Zeitschiene hinweg entwickelt hat, in der die SPD, teilweise sogar zusammen mit der FDP und mit den Grünen, Verantwortung getragen hat. Das sage ich deswegen,

weil Sie sich trotz der langen Phase der Mitregierung immer herausstellen wollen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: 15 Jahre Elend wegen der FDP!)

Damals sind nämlich ganz wesentliche Entscheidungen in der Bildungspolitik gefällt worden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP])

– Ich komme in Zukunft stärker darauf zurück, Herr Witzel.

Es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt. – Es kann nicht sein, Herr Minister, dass Ihr Hochschulfreiheitsgesetz – das haben wir zwar immer befürchtet, aber jetzt tritt es ein – zu einem Verantwortungsverschiebungsgesetz wird.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Verantwortung für Missstände heute deutlich allein auf die Universität Wuppertal und auf die Universität Köln geschoben. Das ist nicht gerecht. Wenn es Probleme in diesen Systemen gibt, kann es nicht sein, dass Sie erklären: Davon habe ich mich gesetzlich befreit. Insofern stimmt der Name Hochschulfreiheitsgesetz. Deshalb liegt die Verantwortung bei den anderen. – Wenn Sie die Verantwortung nicht wahrnehmen wollen, brauchen wir ein solches Ministerium nicht. Dann lassen Sie wirklich die absolute Freiheit gelten.

(Beifall von der SPD)

Aber es gibt kein Dazwischen. Sie müssen schon Ihre Verantwortung wahrnehmen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir brauchen doch eine Rechtsaufsicht, Herr Schultheis! – Gegenruf von Johannes Remmel [GRÜNE]: Das könnte auch das Justizministerium machen!)

– Die Frage ist, ob man sie wahrnimmt. Dazu habe ich nichts gehört.

Ich hätte noch eine Zwischenfrage zu Ihrer Aussage stellen können, dass Sie allen Studierenden, die sich beschwerten, eine Antwort zukommen lassen. Letzte Woche hat es eine Pressekonferenz der Studierendenvertreter gegeben. Dabei ist deutlich geworden, dass vom Ministerium – es muss nicht immer der Minister persönlich sein – eben nicht alle Briefe beantwortet werden.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Ich habe mich noch einmal rückversichert: Das ist in der Pressekonferenz von den Studierendenvertretern so gesagt worden.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Gesagt wird viel!)

– Das stimmt wohl, Herr Minister; daran beteiligen Sie sich auch. Ich will nicht abstreiten, dass nicht auch die Opposition manchmal ein bisschen viel redet und nicht immer alles richtig ist. Aber dann sind wir daran alle beteiligt. Hier geht es aber um ein Faktum, dem man nachgehen sollte.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Zeigen Sie mir den Brief!)

– Ich werde dem nachgehen; es ist ja dokumentiert, wer in der Landespressekonferenz was gesagt hat.

Ich bin froh, dass Sie heute öffentlich eingestanden und auch einmal kundgetan haben, dass bei der Exzellenzinitiative durch die Überbuchung – dies hat die Landesregierung in der Tat nicht alleine zu verantworten hat, aber Bund und Länder sind hier in der Verantwortung – 10 % Eigenbeteiligung möglich sein könnten. Dass Sie sich wünschen, dass das nicht so ist, das finde ich gut. Aber wissen Sie, was das für die RWTH Aachen bedeuten würde? Wenn wir Cluster, Graduiertenschulen und Exzellenzhochschule zusammerechnen, stehen weit über 50 Millionen € an; das wären über 5 Millionen € Eigenbeteiligung für die RWTH Aachen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das ist keine Eigenbeteiligung!)

Ich finde es interessant, dass Sie das auch einmal dargestellt haben. Bisher haben die Hochschulen noch nicht in dieser Weise öffentlich erfahren, dass eine Eigenbeteiligung in der Diskussion ist.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Das habe ich gesagt, und es stimmt ja wohl. Sie haben sich dazu geäußert.

Es ist eine Legendenbildung, dass Sie Tabula rasa begonnen haben, Innovationspolitik zu betreiben. All die Instrumente, die Sie nennen – Cluster, Netzwerke usw. – gibt es seit vielen Jahren in Nordrhein-Westfalen. Dazu zählt auch eine fachliche Fokussierung in vielen Bereichen, die Sie weiterführen. Das ist auch gut so. Wir freuen uns auch, wenn es Neues gibt; das ist gar keine Frage. Zusammen mit Ihnen wollen wir auch, dass wir möglichst schnell das Innovationsland Nummer eins werden. Das unterstützen wir alles, aber die Politik, die dem zugrunde liegt, muss dann auch stimmen. Hier stellen wir fest, dass Ihre Haushalte nicht mit dem übereinstimmen, was propagiert wird.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Innovationsfonds!)

– Der Innovationsfonds zieht sich über drei Häuser und umfasst 140 Millionen €; 40 Millionen € gehören zum Haushalt von Herrn Minister Pinkwart. Mehr Geld ist da nicht drin.

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Über diese Mittel verfügt Minister Pinkwart nicht alleine. Hier wird ein „Innovationsfonds“ eingesetzt, der den Ansprüchen an einen Fonds nicht genügt. Schauen Sie sich die ganzen Haushaltsvermerke an. Das ist wirklich eine bunte Kiste. Man kann mit allen Haushaltspositionen alles machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Welches Bundesland macht das denn?)

Wir diskutieren hier auch über unser neues Steuerungsmodell, über EPOS, das diesen Namen wirklich zu Recht trägt. Wir werden sehen – das ist einer unserer Kritikpunkte –, wie dieses Parlament die Haushaltsberatungen unter dem Gesichtspunkt Klarheit und Wahrheit in Zukunft überhaupt noch geordnet führen kann.

(Zuruf von Minister Eckhard Uhlenberg)

– Wir werden daran arbeiten müssen, wie wir über Zielabsprachen mit der Landesregierung Ergebnisse erzielen können. Wir wollen hier nicht nur platte Hausnummern beschließen. Das möchte ich zum Schluss dieser Debatte sagen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Als Nächste hat Frau Kollegin Beer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Damit jeder seinen Zeitplan darauf abstimmen kann: Anschließend hat Herr Kollege Löttgen für die CDU das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister Pinkwart! Wenn Herr Witzel hier von „ergebnisoffen“ und „ideologiefrei“ redet, ist der Karneval nah. Das muss man wirklich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Pinkwart, wer wüsste das eigentlich besser als Sie – nach dem, was nach Ihrem Landesbeschluss vorgefallen ist, und nachdem Sie einmal in dieser Regierungszeit, also in zweieinhalb Jah-

ren, wirklich innovativ waren? Herzlichen Glückwunsch zu dem Vorschlag für eine Regionalschule – dafür, wenigstens da einmal den Wall zu brechen und ergebnisoffen und ideologiefrei zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Pinkwart, ich glaube nämlich, wir sind uns durchaus einig: Studiengebühren – wenig innovativ. Frau Höhler im Hochschulrat der Uni Paderborn – ganz wenig innovativ.

Aber die Regionalschule wäre ein richtiger Ansatzpunkt. Ich wundere mich schon, dass Sie Ihre Redezeit zwar um zehn Minuten überziehen – kleinteilig und mühevoll –, aber genau über diese Frage gar nicht reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darum geht es doch wirklich. Das erkennen Sie, weil sie wissen, wie wichtig die Anschlussfähigkeit zwischen Schule und Hochschule ist. Ich glaube, dass Sie die Problemlagen vor Augen haben. Sie haben die Problemlagen Fachkräftemangel und zu geringe Abiturquoten und die Problemlagen Demografie, Standortfaktor, Schule und Bildung in den Kommunen präsent.

Übrigens hat Frau Sommer einigen Gesprächsbedarf. Das habe ich heute Morgen in der „WAZ“ gelesen. Es wäre toll, wenn Sie die Weihnachtszeit nutzen, um sich über die empirischen Forschungsergebnisse auszutauschen: wie wichtig die Strukturfrage ist und wie der Zusammenhang zwischen gegliedertem Schulsystem, der frühen Selektion und dem Sozial-Abgehängtwerden ist.

Ich glaube, das ist Ihnen präsent. Aber dann erwarte ich von Ihnen, dass Sie hier innovativ sind und dass Sie wirklich dazu stehen. Wir werden Ihnen hier gegenüber Ihrer Fraktion, die eigentlich mehr eine „Stutenkerl“-Fraktion ist – festgebakken, gar nichts geht mehr an der Stelle, ohne Dynamik – den Rücken stärken.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit!)

Herr Pinkwart, in dieser Sache stehen wir an Ihrer Seite. Wir wünschen uns, dass die Diskussion weitergeht und dass sie wirklich ergebnisoffen und ideologiefrei ist. Wir würden das gern mit Ihnen zusammen machen – mit allen, die wissen, dass in diesem Land endlich der gordische Knoten durchschlagen werden muss. Wir werden uns auch morgen früh darüber unterhalten. Dann haben Sie ebenfalls die Gelegenheit, innovativ zu sein und unserer Zukunftskommission zuzustimmen.

Also, die Nagelprobe wird gemacht, indem wir schauen, wo es eine wirkliche Innovation gibt und wie das Standing des Landesvorsitzenden ist.

(Zuruf von der FDP: Warum reden Sie nicht zum Thema, Frau Beer? Wissenschaft und Hochschule!)

Herr Pinkwart, ich weiß auch, dass die FDP auf der Bundesebene schon ein bisschen weiter ist – wie wir auch in allen anderen Debatten in den Bundesländern wesentlich weiter sind als in Nordrhein-Westfalen.

Ich wünsche mir also, dass Sie auch zu diesem Innovationsaspekt und zu Ihrem Vorstoß hier noch etwas sagen. Sonst fehlt uns heute Morgen einfach etwas.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Als Nächster hat Herr Kollege Löttgen für die Fraktion der CDU das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch wenn der letzte Beitrag Ansätze von Humor zeigte, muss ich sagen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hatte!)

– ja, das habe ich gesagt, das habe ich ja zugegeben –, dass die zusätzlichen Beiträge der Opposition mir nur einen einzigen Erkenntnisgewinn gebracht haben: Sie haben bedauernd wenig Kenntnisse darüber, was positive Faktoren für ein Innovationsklima sind.

(Beifall von der CDU)

Sie wollen die Realität der Zahlen einfach nicht anerkennen, und das aus einem einzigen Grund: weil sie den Aufwärtstrend in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Technologie unter dieser Regierung dokumentieren.

Ich will Ihnen daher abschließend ein Zitat vortragen, das die Situation meines Erachtens sehr richtig beschreibt:

„Der Verstand der Menschen ist von dreierlei Art. Entweder sie erkennen alles von selbst oder nur dann, wenn sie von anderen darauf hingewiesen werden, oder sie verstehen weder etwas von selbst noch mithilfe anderer.“

Zur Gruppe der Letzteren gehören Sie.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Sie haben wohl von allen Dreien etwas?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Löttgen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ein Blick in die Runde: Bleibt das auch so? – Dann sind wir am Schluss der Beratung über Einzelplan 06.

Die Abstimmung werden wir nach den Beratungen über den nächsten Einzelplan durchführen, weil wir verabredet haben, zwischen 12 und 14 Uhr keine Abstimmungen vorzunehmen.

Ich rufe **Einzelplan 10** auf:

Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/5510 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Kollegen Sagel mit den laufenden Nummern 66 bis 75 hin.

Ich eröffne die Beratung über die Teilbereiche „Umwelt und Naturschutz“, „Verbraucherschutz“ und „Landwirtschaft“ und gebe zunächst der Kollegin Schulze für die Fraktion der SPD das Wort.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden jetzt über den Einzelplan 10, das heißt über den Einzelplan für die Bereiche Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherpolitik.

Wenn man sich diesen Einzelplan ansieht, kann man ganz genau erkennen, was die schwarzgelbe Landesregierung in der Umweltpolitik und in der Verbraucherpolitik macht: Sie senkt Standards. Sie fährt diesen Ansatz systematisch herunter.

Ich will das heute an zwei Punkten verdeutlichen. Was die Verbraucherpolitik betrifft, so wissen Sie, dass wir hier in den letzten Jahren viele Skandale hatten, etwa PFT und Gammelfleisch. Wir haben über Medikamente im Wasser und über vieles andere mehr gesprochen.

Die Antworten muss man den Mitgliedern dieser Landesregierung jedes Mal einzeln aus der Nase ziehen. Aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher ist es ganz schwierig, wirklich Antworten zu bekommen.

Das Gleiche gilt für den Klimaschutz. Man sollte meinen, dass man, wenn man einen solch großen Etat hat, wirklich auf die Herausforderungen in der Klimapolitik reagiert. Aber man bekommt gar keine Antworten.

Frau Thoben erklärt uns hier im Parlament, das sei der Bereich, für den sie zuständig sei, sie sei